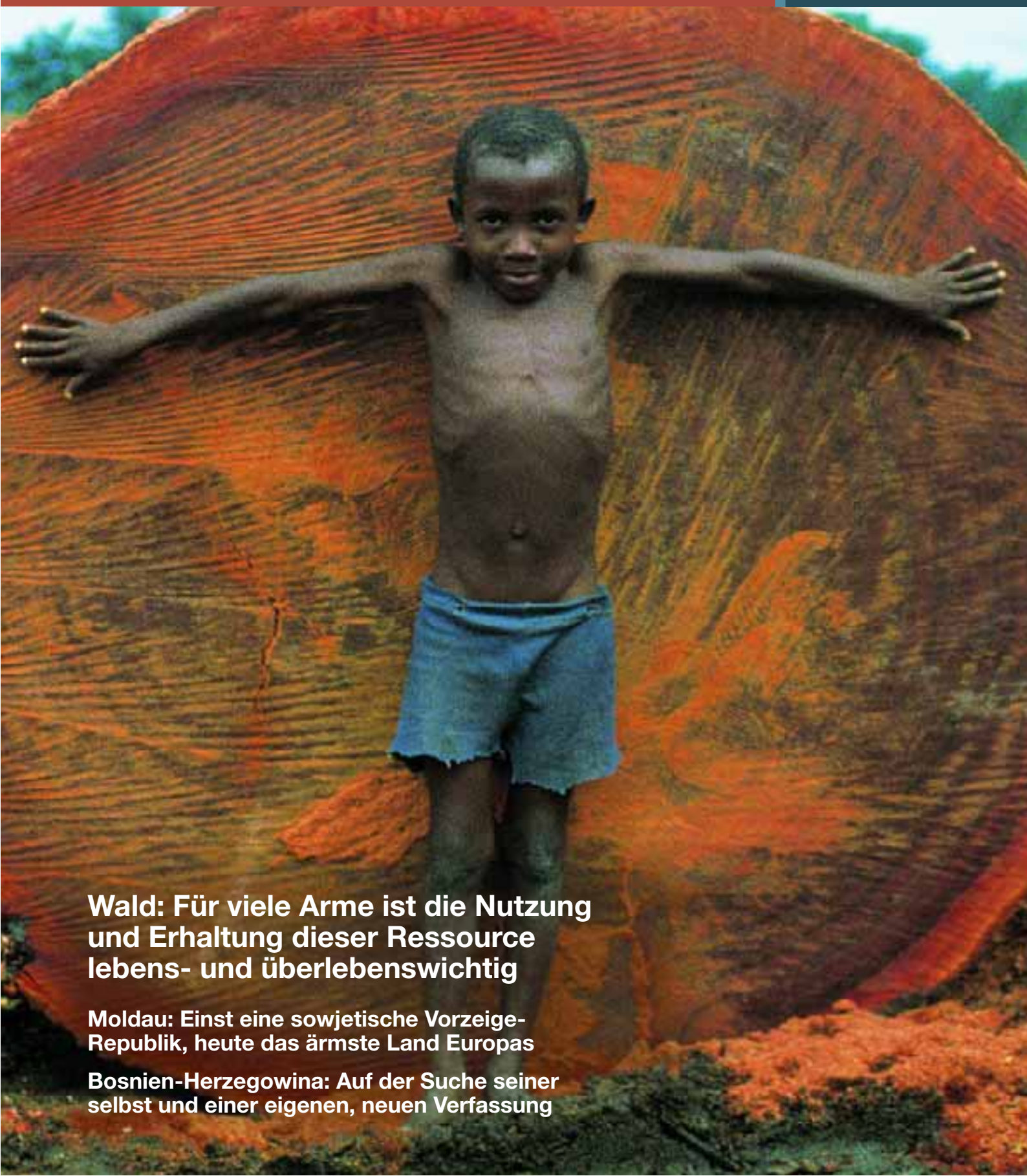


Un seul monde Un solo mondo Eine Welt

NR. 4
DEZEMBER 2005
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

www.deza.admin.ch



**Wald: Für viele Arme ist die Nutzung
und Erhaltung dieser Ressource
lebens- und überlebenswichtig**

**Moldau: Einst eine sowjetische Vorzeige-
Republik, heute das ärmste Land Europas**

**Bosnien-Herzegowina: Auf der Suche seiner
selbst und einer eigenen, neuen Verfassung**

DOSSIER



WALD

Die grosse Kunst der richtigen Waldbewirtschaftung

Immer mehr Länder integrieren die Wald-Anwohner in eine nachhaltige Waldnutzung, die die Leistungsfähigkeit des Waldes erhält und gleichzeitig zur Armutsbekämpfung beiträgt

6

Panzer und Kahlschlag in den Karpaten

Transkarpatien baut mit Schweizer Unterstützung eine naturnahe Forstwirtschaft auf, die Rücksicht auf die ökologischen Funktionen des Waldes nimmt

12

Ohne Karité-Butter kein Brot

Die Produktion von Butter aus Karité-Nüssen ermöglicht Malier Familien ein willkommenes Nebeneinkommen – doch die Baumbestände sind bedroht

14

Eine Landkarte für den Frieden

In der Schweiz entstand eine neue topografische Karte des Südsudans, die als Basis für die Wiederaufbauarbeiten dient

24

FORUM



Die Suche nach der eigenen Verfassung

In Bosnien-Herzegowina werden öffentliche Auseinandersetzungen um Verfassungsfragen und Zukunftsperspektiven unter anderem mit prominenter Schweizer Beteiligung geführt

26

Entwicklungshilfe, wie bitte?

Die senegalesische Schriftstellerin Ken Bugul über die Essenz von Entwicklung

29

HORIZONTE



MOLDAU

Stehen geblieben auf dem Weg in die Moderne

Die Republik Moldau ist politisch zerrissen und kommunistisch geführt – in die EU drängt es sie dennoch

16

Hoffnungen und Ängste in Moldau

Viorica Lifari über ihren Alltag in der Hauptstadt Chisinau

20

KULTUR



Afrikas Kino ist zu vielen zu weit weg

Afrikanische Filmproduktionen kämpfen bei uns gegen Vorurteile, hohe Zugangshürden und fremd diktierte Produktionsbedingungen

30

DEZA

Afrika – wie viel und welche Hilfe?

DEZA-Direktor Walter Fust über Hilfe für und Partnerschaft mit Afrika

21

Die vergessenen Flüchtlinge Myanmars

Fernab der Öffentlichkeit leben Flüchtlinge aus Myanmar, dem einstigen Burma, in thailändischen Flüchtlingscamps

22

Editorial	3
Periskop	4
Einblick DEZA	25
Was eigentlich ist... Dezentralisierung?	25
Service	33
Impressum	35

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.



Kein Rezept, ein Entscheid!

«Das Problem ist, dass alle Beteiligten bloss ihre eigenen Ziele verfolgen, ohne sich um die Zukunft der Ressource zu kümmern.» Der Satz ist symptomatisch für das vorliegende Heft. Wie ein roter Faden zieht er sich, abgeändert in der einen oder anderen Form, durch die aufgegriffenen Themen. Angefangen bei unserem Dossier-Thema «Wald und Entwicklung», in dem der Satz tatsächlich als Zitat eines Fachspezialisten steht, über das Länderportrait Moldau – dem ärmsten Land Europas – bis hin zum Forums-Artikel über die schwierige Suche Bosnien-Herzegowinas nach einer neuen, eigenen Verfassung.

Wird die Entwicklung tatsächlich von eigensinnigen, nur auf den eigenen Vorteil bedachten Egoisten bestimmt oder gar verhindert? Oder ist es schlicht normal, dass sich unter den ausserordentlichen und von Herausforderungen gespickten Umständen, in denen sich Entwicklungs- und Transitionsländer zweifellos befinden, unter dem Deckmantel der Entwicklung Profiteure aller Art nach vorne drängen? Die Fragen sind nicht leicht zu beantworten, doch illustrieren sie das spezielle Umfeld, in dem sich die Entwicklungszusammenarbeit tagtäglich um eben diese Entwicklung und Zusammenarbeit bemüht. Dass es dabei keine einfachen Rezepte und schon gar keine Patentlösungen gibt, weiss die Weltengemeinschaft seit langem.

Was feststeht: Entwicklung läuft – beeinflusst durch lokale Parameter – jedes Mal anders ab, ist nicht vor-

aussehbar und muss letztendlich durch die Menschen vor Ort massgeblich vorangetrieben werden. Insbesondere an Letzterem mangelt es, gemäss unserer Kolumnistin Ken Bugul (siehe Carte blanche Seite 29), bei vielen afrikanischen Staaten, und sie postuliert denn auch: «Entwicklung ist kein Rezept. Entwicklung ist ein Entscheid.»

Auch die DEZA sieht sich je länger je mehr als Mittlerin und Anstösserin der Entwicklung. Dies geschieht beispielsweise als Organisatorin einer Plattform in Sarajewo, anlässlich welcher über Form und Inhalt einer eigenen, neuen Verfassung Bosnien-Herzegowinas diskutiert werden (siehe Seite 26). Oder indem zusammen mit dem örtlichen, sprich moldauischen Gesundheitsministerium eine landesweite Ausbildung des Gesundheitspersonals und die Aufklärung der Zielbevölkerung zum Thema «Mutter und Kind» in Moldau angegangen wird (siehe Seite 19). Oder indem mit dem Erstellen einer geographischen Karte des Sudans durch das Geographische Institut der Universität Bern «allen Akteuren vor Ort» für die Wiederaufbauarbeiten und die Koordination der humanitären Hilfe ein unentbehrliches Arbeitsinstrument zur Verfügung gestellt wird (siehe Seite 24).

Viel Spass bei der Lektüre wünscht Ihnen

Harry Sivec

Chef Medien und Kommunikation DEZA



Jerry Callew / Paros / Statas

Arme Alte

(bf) Alte Menschen in Entwicklungsländern gehören zu den ärmsten Menschen weltweit – 100 Millionen ältere Menschen leben mit weniger als 1 Dollar pro Tag, 80 Prozent der älteren Menschen haben kein regelmässiges Einkommen, zudem nimmt der Anteil alter Menschen in diesen Ländern überproportional zu. Bis ins Jahr 2050 werden in Asien und Lateinamerika einer von vier Menschen und in Afrika einer von zehn Menschen älter als 60 Jahre sein. Mit der weltweiten Verbreitung von Aids ziehen mehr und mehr alte Menschen alleine ihre Grosskinder auf – in den Ländern der Sub-Sahara betreuen Grosseltern bereits heute 60 Prozent der durch Aids verwaisten Kinder. Eine Untersuchung der Entwicklungsorganisation HelpAge International hat ergeben, dass den jeweiligen Ländern angepasste soziale Vorsorge- und Rentenversicherungen in jedem Fall – auch für arme Länder – zahlbar sind und sich vor allem auch auszahlen. Dies zeigen Länder wie Südafrika, Brasilien, Bolivien, Nepal und Indien, wo die monatlichen Renten oft ganze Familien einigermassen über Wasser halten.

Weltmeister im Tragen

(bf) Niemand ist so stark und ausdauernd wie die Nepalesen, wenn extreme Lasten bei ge-

ringstem Kraftaufwand zu tragen sind – noch dazu unter schwierigsten Bedingungen und oft hundert Kilometer weit. Ähnlich wie afrikanische Frauen tragen die Nepalesen ihre Lasten mit dem Kopf: Ein breites Band über dem Kopf hält einen Rückenkorb, in dem sich die Güter stapeln. Nepalesische Männer schleppen so bis zu 93 Prozent ihres eigenen Gewichts, Frauen bis zu 66 Prozent. Afrikanerinnen schaffen bis zu 60 Prozent. Ein belgisches Forscherteam hat die Trägerinnen und Träger jahrelang beobachtet und ihre Tragfähigkeiten analysiert. So fanden sie heraus, dass die Nepalesen sich überraschend langsam bewegen. Ebenso unerwartet war, dass die Effizienz der Träger mit ihrer Last stieg. Die Forscher führen dies auf eine besondere, für sie unerklärliche, Geh- und Atemtechnik zurück. So gehen die



Jörg Bohling / agenda

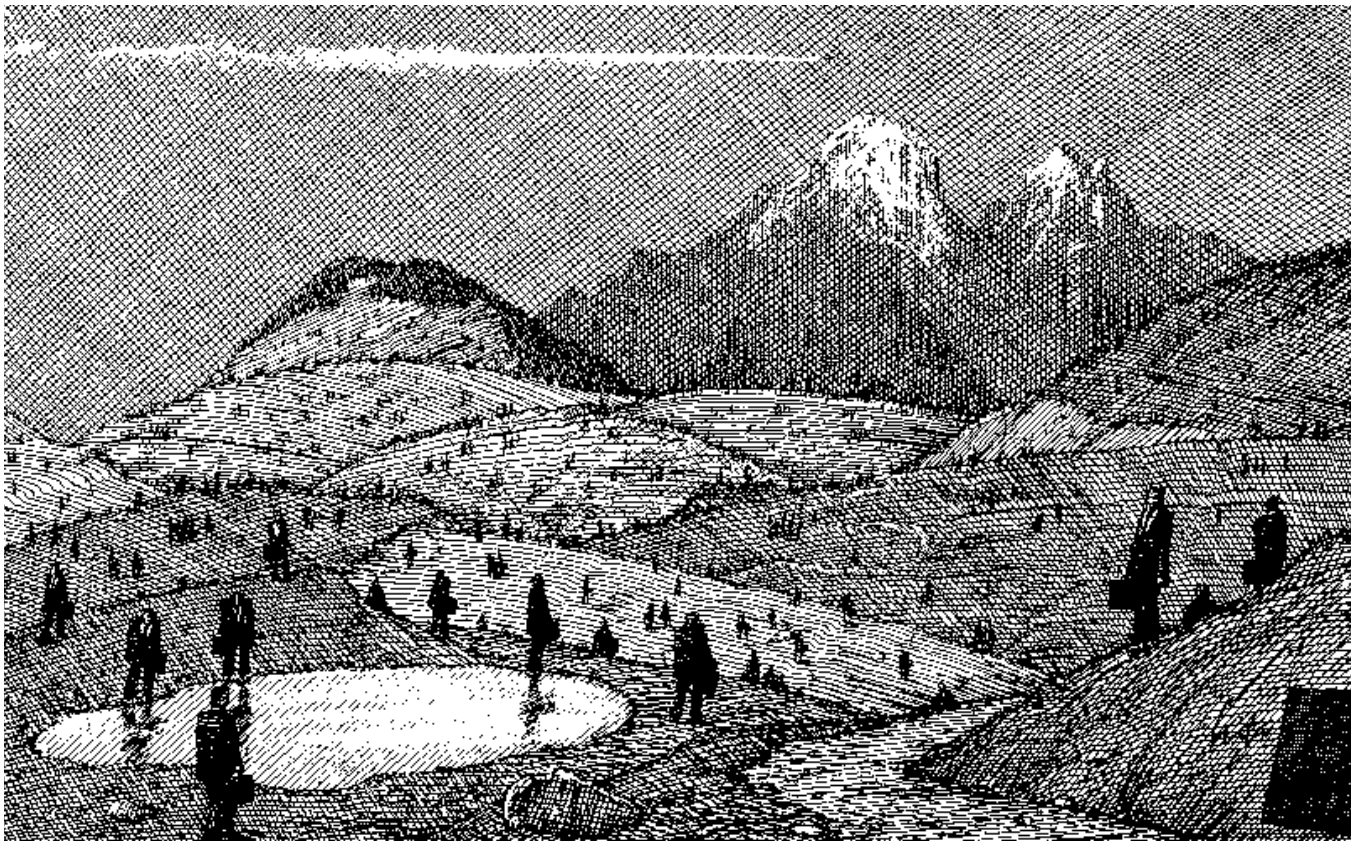
nepalesischen Hochleistungsträger in jeder Minute 15 Sekunden lang und pausieren anschliessend 45 Sekunden.

Abfälle aus Afrika in China

(jls) Seit zwei Jahren laufen regelmässig mit Alteisen beladene Schiffe aus dem Hafen Cotonou in Benin aus. Sie steuern China an, wo das Metall wieder zu Stahl geschmolzen wird. Händler und Kinder profitieren vom unlängst erwachten Interesse asiatischer Importeure für das Altm Metall, das entlang afrikanischer Verkehrsachsen vor sich hinrostet. Vor allem in Burkina Faso und in Benin sammeln Jugendliche fast überall Schrauben, Motoren, ausgediente Traktoren, Autowracks usw. Sie verkaufen sie an Altwarenhändler, die sie an Exporteure liefern. Chinas Hunger nach Stahl ist riesig. Das Reich der Mitte nimmt allein etwa 30 Prozent der Weltproduktion in Anspruch. 2004 haben chinesische Hütten 272 Millionen Tonnen Stahl produziert, was einem Viertel der Weltproduktion entspricht. Da aber Eisenerz immer teurer wird, kauft China aktiv Altm Metall auf, um seine Stahlwerke zu versorgen. Diese hohe asiatische Nachfrage hat den Preis in die Höhe getrieben. Aus Beniner Händlerkreisen ist zu erfahren, dass die Exporteure 2004 den Gegenwert von 68 Euro pro Tonne Alteisen bezahlten. Heuer bieten sie dafür 107 Euro.

Neue Bilderwelt

(bf) Die Befürchtung, dass die Globalisierung eine vom Westen geprägte globale Einheitskultur hervorbringt, scheint widerlegt. Ein Team um Till Förster, Professor am ethnologischen Seminar der Universität Basel, untersucht momentan die Alltagskunst Bamendas und Fumbans in Kamerun. 6000 bis 7000 Fotos von Porträts, Bildern,



Wald

Werbetafeln und Alltagssituationen werden für das Forschungsprojekt «Visuelle Kultur im urbanen Afrika» ausgewertet. Die afrikanische Alltagsmalerei, etwa in Form von Werbeschildern für Coiffeursalons, sei kaum erforscht und könne man weder der traditionellen Malerei noch der modernen afrikanischen Kunst zuordnen, sagt Förster. In ihr verschmelze, was bei uns nicht zusammengehöre: Fotografie und Malerei. Die Aus-

wertung zeigt: Durch die Globalisierung entstehen auch neue Kulturformen. Im städtischen Afrika beispielsweise ist eine neue Bilderwelt entstanden, die sich, so Förster, weder afrikanischen Traditionen noch globalen Einflüssen allein zuordnen liesse. Vielmehr handle es sich um eine «kulturelle Kreolisierung», bei der fremde Elemente in die eigene Kultur eingebaut und so angepasst werden, dass sie im lokalen Kontext Sinn geben.



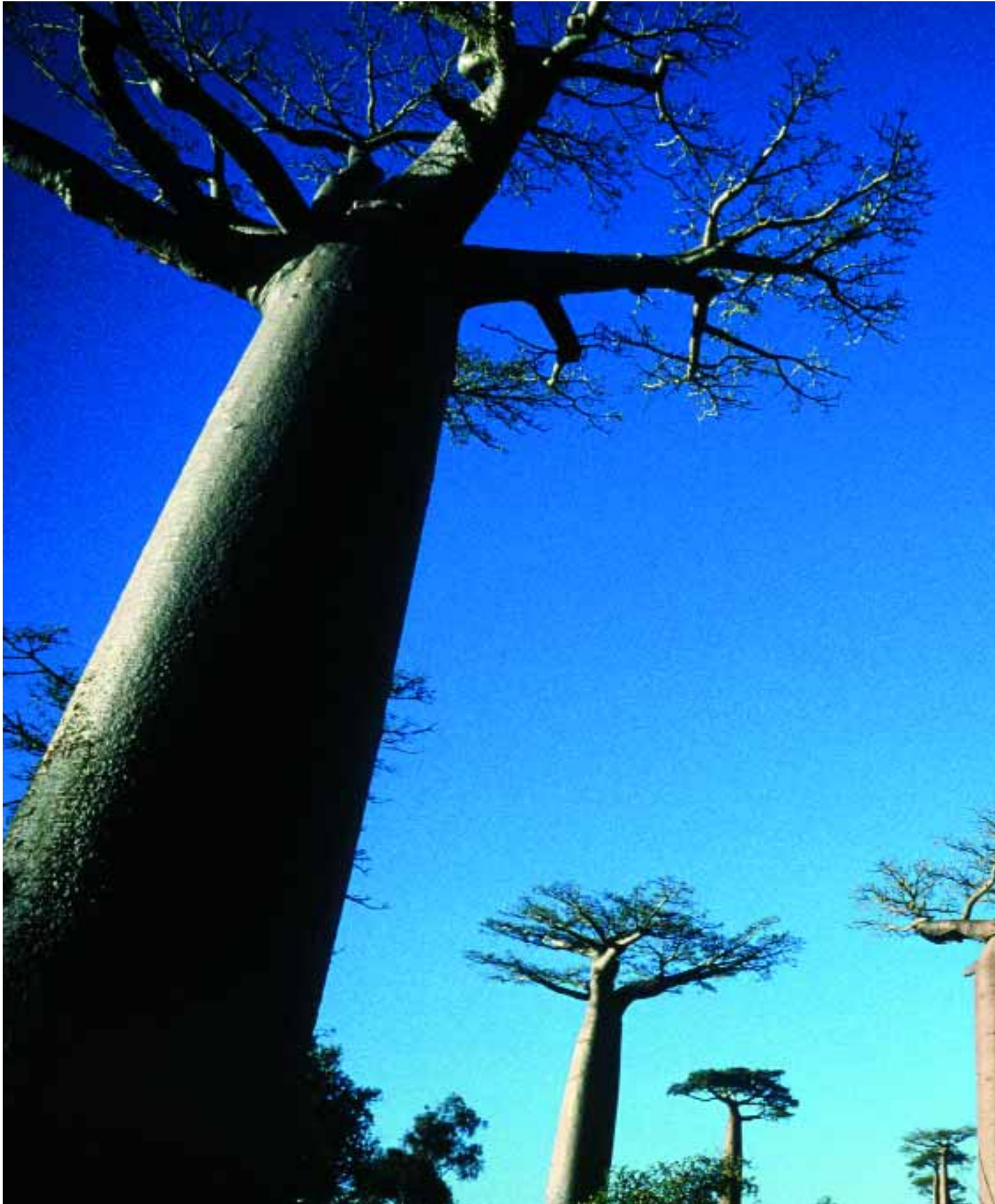
See statt Meer

(bf) Das Problem der Überfischung, von schwindenden Fischbeständen oder durch ganze Fischfangflotten belagerte Fanggebiete kennt man nicht nur in der Nordsee, sondern auch im Indischen Ozean. Doch anstatt auf dem Meer nach Lösungen für die Fischereiprobleme zu suchen, setzt man im indischen Bundesstaat Orissa, der an den Indischen Ozean grenzt, auf Binnengewässer. Mit Unterstützung der Regierung werden vielerorts Fischfarmen auf den reichlich vorhandenen

Seen, Flüssen und Kanälen eingerichtet. Bereits heute ist Indien nach China der weltweit zweitgrößte Produzent von Süßwasserfisch. In Orissa, wo 80 Prozent der Menschen täglich Fisch essen, stellen sogar Bauern, die seit Generationen Reis angebaut haben, auf Fischproduktion um. «Nicht nur ist man weniger wetterabhängig, auch bringt die Fischproduktion drei Ernten pro Jahr ein, ich kann fast monatlich neue Leute einstellen, und ich verdiene erst noch mehr», sagt der Bauer Subhendu Ojha.

Die grosse Kunst der richtigen

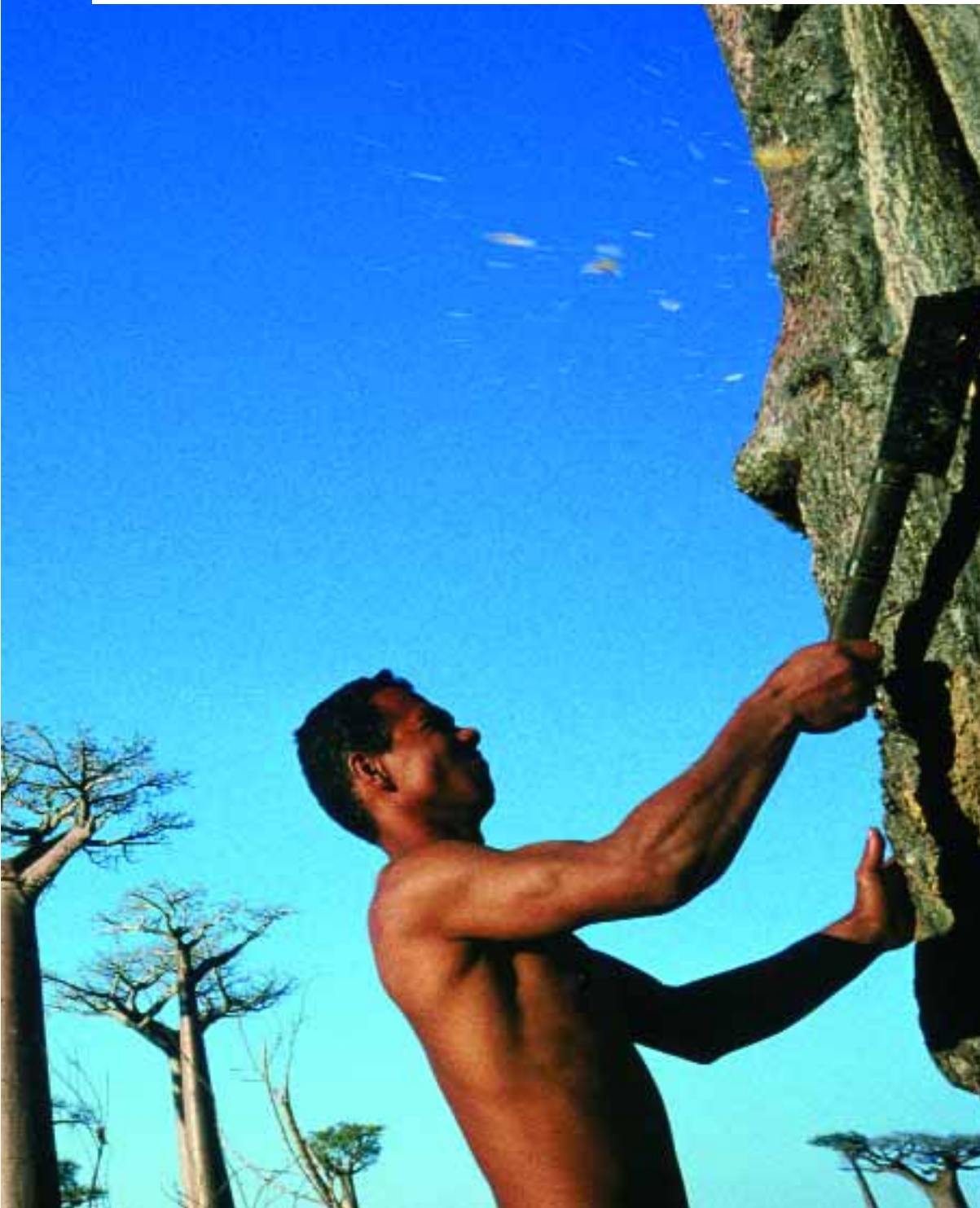
DOSSIER



Aurora / lat

Waldbewirtschaftung

Der Wald liefert weit mehr als Holz und hat wichtige Funktionen für die Umwelt. Immer mehr Länder integrieren die Anwohner in eine nachhaltige Waldnutzung, die die Leistungsfähigkeit des Waldes erhält. Dieses Vorgehen wird von der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit gefördert – es trägt zur Armutsbekämpfung bei. Von Jane-Lise Schneeberger.



Gründe für die Entwaldung

Wälder bedecken etwa 26 Prozent der über dem Meeresspiegel liegenden Erdoberfläche. Dieser Waldbesatz ist allerdings schwer bedroht. Jahr für Jahr verschwinden etwa 15 Millionen Hektar tropischer Regenwald. Der grösste Teil davon wird in Kultur- oder Weideland umgewandelt. Agrar- und Nahrungsmittelkonzerne roden Tropenwald, um Plantagen zu errichten. Viele arme Bauern betreiben Wanderfeldbau auf der Basis von Brandrodungen: Sie schlagen die Bäume und verbrennen sie, kultivieren das so gewonnene Land während ein paar Jahren, lassen es brachliegen sobald der Boden erschöpft ist, und roden eine neue Parzelle Brachland oder Wald. Grosse Waldflächen fallen auch der extensiven Viehhaltung zum Opfer. Andere Abholzungen gehen zurück auf industrielle Holzverarbeitung, auf die Suche nach Bodenschätzen oder Öl und auf Infrastrukturbauten.



Nigel Dickinson / Still Pictures



Sabine Vielmo / Still Pictures

Das Kyoto-Protokoll

Das im Februar 2005 in Kraft getretene Kyoto-Protokoll ergänzt die UNO-Klimakonvention. Es verpflichtet die industrialisierten Länder dazu, zwischen 2008 und 2012 ihren Ausstoss an Treibhausgasen, die für die Klimaerwärmung verantwortlich sind, um 5 Prozent zu vermindern. Um dieses Ziel zu erreichen, muss in den industrialisierten Ländern der Verbrauch fossiler Brennstoffe gedrosselt werden. Verschiedene Vorkehrungen flexibilisieren allerdings die Aufrechnung der Quoten. Dazu gehört der in ethischer Hinsicht besonders kontroverse Mechanismus der sauberen Entwicklung, der es Unternehmen und Regierungen aus dem Norden ermöglicht, Bewaldungs- oder Aufforstungsprojekte in Ländern des Südens zu finanzieren und damit «CO₂-Kredite» zu erwerben. Die so entstehenden Wälder werden als Kohlenstoffspeicher bezeichnet; die darin eingelagerten Mengen Kohlendioxid (CO₂) können die Verschmutzerländer gegen ihre eigene Ausstossquote aufrechnen lassen. Und zwar weil Bäume während der Wachstumsphase grosse Mengen CO₂ aufnehmen und binden.

Die madagassischen Bauern leben in ständiger Angst vor den Dahalo, bewaffneten Banditen, die nachts ihre Dörfer angreifen und sich mit den Zebuherden aus dem Staub machen. An der Westküste der Insel haben die Sakalava, ein Volk von Viehzüchtern, ein Mittel entdeckt, um ihre Zebus vor solchen Razzien zu schützen: Sie verstecken sie im Wald, der in diesem Gebiet besonders dicht und unzugänglich ist. Die «Buckelrinder» weiden so in aller Ruhe unter weltweit einzigartigen Affenbrotbaum-Arten.

Früher war diese Schutzfunktion bedroht gewesen, weil sich Migranten aus dem Süden niedergelassen und den Wald in grossem Stil abgeholzt hatten, um Kulturland zu gewinnen. Nach langwierigen Verhandlungen willigte der Zentralstaat in den 1990er Jahren schliesslich ein, den Sakalava auf ihrem Gebiet Nutzniessungsrechte einzuräumen. Die Landbevölkerung kann nun die Ressourcen des Waldes nutzen, sofern sie ihre Pflege sicherstellt. Und sie hat das Recht, sich gegen Einmischung von aussen zur Wehr zu setzen. Dieses Modell verbreitet sich zurzeit in ganz Madagaskar.

Sicherheitsnetz für Arme

In den Entwicklungsländern leben etwa eine Milliarde Menschen im Wald selbst oder in unmittelbarer Nähe. Davon sind zwischen 300 und 500 Millionen arm und für ihren Lebensunterhalt von den Produkten des Waldes direkt abhängig. Die Holzindustrie kann zwar lokal Arbeitsplätze schaffen, aber die Waldanrainer sind auch vom Brennholz und von den Nicht-Holz-Produkten (Wurzeln, Viehfutter, Honig, Wild, Früchte, Heilpflanzen) abhängig.

Diese Produkte werden oft von Frauen gesammelt und im eigenen Haushalt gebraucht oder auf dem lokalen Markt verkauft. Sie dienen der Ernährungs-

sicherung insbesondere in schwierigen Zeiten. Wald ist im Übrigen eine Kulturlandreserve für arme Bauern, die sich mit Wanderfeldbau begnügen müssen.

Der Wald leistet der ganzen Gesellschaft wertvolle Dienste, weltweit und auf regionaler Ebene. Er reguliert den Wasserkreislauf und schützt den Boden vor Erosion und Hochwasser. Und er bietet Raum für Besinnlichkeit, zum Spaziergehen und für den Tourismus. Der Wald beherbergt weltweit zwei Drittel aller Tier- und Pflanzenarten. Und weil sie Kohlendioxid speichern, drosseln Bäume die Klimaerwärmung.

Während Jahrhunderten wurden die Waldanrainer aus der Bewirtschaftung des Waldes ausgeschlossen. Vor der Kolonialisierung lagen die Entscheidungen bei den lokalen Stammesfürsten. Die Kolonialherren unterstellten den Wald der Zentralmacht, weil sie Edelhölzer schlagen wollten. Als die Staaten ihre Unabhängigkeit erlangten, blieb die Forstwirtschaft zentralisiert. Die nationalen Regierungen hielten an der Kontrolle der Ressource fest, die über die Konzessionierung privater Unternehmen zu einer wichtigen Einkommensquelle werden kann.

Hüter des Waldes

«Das Problem ist, dass alle Beteiligten bloss ihre eigenen Ziele verfolgen, ohne sich um die Zukunft der Ressource zu kümmern. Die Staaten investieren nicht in die Wiederaufforstung. Und die Konzessionäre haben bloss das eine Interesse, nämlich Holz zu verkaufen.

Sobald sie weg sind, machen die Bauern das urbar, was vom Wald übrig geblieben ist», stellt Jürgen Blaser, Vizedirektor der Entwicklungsorganisation Intercooperation, fest. Die auf internationaler Ebene geführte Entwaldungsdebatte konnte aufzeigen,



Jon Spaul / Panos / Strates



Nigel Dickinson / Still Pictures

wie notwendig es ist, die Waldanrainer stärker einzubeziehen; sie sind es, die wirkungsvoll zu intervenieren vermögen.

Bis heute haben 17 Länder des Südens Gesetze zur partizipativen Waldbewirtschaftung erlassen: Der Staat bleibt Grundbesitzer, delegiert aber den lokalen Nutzniessern vertraglich Rechte und Pflichten für einen bestimmten Zeitraum. Der Umfang der abgegebenen Kompetenzen variiert. «Es reicht nicht, den Zugang zu den lebenswichtigen Produkten zu erlauben. Die Leute holen sich ihr Brennholz sowieso im Wald, mit oder ohne Erlaubnis der Regierung. Um die Anrainer zur Pflege des Ökosystems anzuhalten, muss man ihnen das Recht geben, Holz und Nicht-Holz-Produkte zu verkaufen», unterstreicht Jean-Laurent Pfund, Programmbeauftragter von Intercooperation.

Modelle partizipativer Bewirtschaftung funktionieren auch in einigen Transitionsländern. Eines dieser Modelle wurde im Rahmen eines Schweizer Programms zur Unterstützung der Forstwirtschaft in Kirgisistan umgesetzt. Es betrifft die natürlichen Walnusswälder im Süden des Landes. Der kirgisische Staat als wichtigster Waldbesitzer hat seine Nutzungsrechte in bestimmten Abschnitten für 49 Jahre an Private abgegeben, zumeist Bauern der Region. Sie haben das Recht, Nüsse und andere Nicht-Holz-Produkte aus dem Wald zu gewinnen und Brennholz zu sammeln. Als Gegenleistung müssen sie Unterhaltsarbeiten ausführen. Zurzeit ist es jedoch verboten, in den Walnusswäldern Bäume zu kommerziellen Zwecken zu fällen.

Im forstwirtschaftlichen Bereich beschränkte sich die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit noch vor etwa zwanzig Jahren auf Aufforstungen, Holzwirtschaft und Försterausbildung. «Ziel war, die Produktivität der Branche zu erhöhen. Nach und nach wurden diese technischen Projekte abgelöst

von einem stärker auf gesellschaftliche Bedürfnisse ausgerichteten Ansatz, der Umweltschutz und Armutsbekämpfung verbindet. Heute gilt Wald als eine in die lokale Wirtschaft integrierte Ressource», erklärt Jean-Pierre Sorg, Leiter der Gruppe Wald und Entwicklung an der ETH Zürich.

Eine Ressource zum Aufwerten

Die gegenwärtige Tendenz Rechte abzutreten, wird von der DEZA aktiv unterstützt; umgesetzt werden ihre Forstprojekte von Partnern wie Intercooperation oder Helvetas. Die Gemeinwesen vor Ort haben nicht immer genügend Kenntnisse, um die ihnen übertragenen komplexen Aufgaben wahrzunehmen. Sie müssen den Wald nicht nur nachhaltig, sondern auch multifunktional bewirtschaften, d. h. alle seine Produkte und Leistungen zugleich aufwerten. «Die Bewirtschaftung muss den Anrainern konkrete Vorteile bringen, und zwar aufgrund von möglichst vielen Betätigungsfeldern. Generiert der Wald genügend Einkünfte, brauchen die Bauern ihn zum Überleben allenfalls gar nicht mehr zu roden. Der Wald wäre dann durch seinen wirtschaftlichen Wert geschützt», legt Jean-Laurent Pfund dar.

Diese These lässt sich im Rahmen eines Schutzprogramms für die Naturwälder auf den Anden-Hochebenen verifizieren: Die Landbevölkerung hat Bewirtschaftungsstrategien entwickelt, die Einkommen generieren und zugleich die noch vorhandenen Waldreste erhalten, welche Hänge stabilisieren und Quellen versorgen.

Statt zur Kulturlandgewinnung weiter zu roden, setzen sie auf Aktivitäten, die vor allem auf Nicht-Holz-Produkten basieren: Sie verkaufen Honig, aus Rinde gewonnene Farbe, Saatgut sowie Heilkräuter und Dekorpflanzen. Giancarlo de Picciotto, DEZA-Programmverantwortlicher, kann die

Vorratskammer und Apotheke

Seit einigen Jahren haben so genannte Nicht-Holz-Produkte – früher nannte man sie sekundäre Waldprodukte – weltweit einiges Aufsehen erregt. Heute wird ihr Beitrag zur Ernährungssicherung allgemein anerkannt. In Entwicklungsländern verwenden sie etwa 80 Prozent der Bevölkerung. Ein Grossteil der Nicht-Holz-Produkte werden als Nahrungsmittel benötigt: Samen, Honig, Pilze, Nüsse, Früchte, Kräuter, Gewürze, Aromapflanzen, Wild. Von bestimmten Bäumen werden Saft und Rinde geerntet, um daraus Farbstoffe oder Lacke zu gewinnen. Materialien pflanzlicher Herkunft wie Peddigrohr, Kork, Bast, Lianen oder Bambus werden zum Bauen verwendet, von Handwerkern benötigt oder zu Dingen des täglichen Gebrauchs verarbeitet. Aus dem Wald stammen auch zahlreiche Pflanzen, die zur Herstellung von Medikamenten und Kosmetika dienen. Einige dieser Pflanzen, die zu den traditionellen Arzneien gehören, gelangen auch auf den lukrativen Weltmarkt, wobei die Waldanwohner davon nur am Rand profitieren.



Fred Hoogenvorst / Penos / Strates



Nigel Deckner / Still Pictures

Grundsätze, aber kein Abkommen

Seit etwa fünfzehn Jahren wird auf internationaler Ebene über eine Waldkonvention diskutiert, die eine nachhaltige Bewirtschaftung aller Wälder der Erde sicherstellen soll. Die Idee dazu entstand während der Vorbereitungsphase des Erdgipfels von 1992. Die Konferenz erreichte jedoch keinen Konsens, der zu einem rechtlich bindenden Abkommen hätte führen können. Sie verabschiedete stattdessen eine Grundsatzerklärung über die Bewirtschaftung, Erhaltung und nachhaltige Entwicklung der Wälder. Ausserdem ist ein Kapitel der Agenda 21 dem Kampf gegen die Entwaldung gewidmet. Diese beiden Texte bilden heute die Grundlagen der globalen Waldpolitik. Ab 1995 wurden verschiedene multilaterale Strukturen beauftragt, die Umsetzung der in Rio formulierten Empfehlungen zu fördern. Dieses Mandat hat bis 2006 das UNO-Waldforum inne, die wichtigste Gesprächsplattform zur globalen Waldpolitik.

Resultate bestätigen: «Die Bauern verdienen mehr als vorher und haben gemerkt, dass es überlebenswichtig ist, sich um das eigene Erbe zu kümmern.» Die DEZA finanziert auch strategische Forschung an den Modalitäten nachhaltiger Bewirtschaftung. Globale Erkenntnisse über die Interaktionen zwischen Wald und Anrainern fehlen noch. Manche Arbeiten widmen sich der so genannten Agroforstwirtschaft: Die Verbindung von Landwirtschaft und Baumbestand ermöglicht die Diversifikation der bäuerlichen Einkommen und limitiert Brandrodungen infolge Wanderfeldbau.

Während die DEZA in den ärmsten Ländern mit oft nur geringer Bewaldung tätig ist, schaltet sich das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) in Ländern ein, wo der Handel mit tropischen Hölzern grosse wirtschaftliche Bedeutung hat. In enger Zusammenarbeit mit der Internationalen Tropenholzorganisation unterstützt es den Handel mit Holz aus sachgerecht bewirtschafteten Wäldern sowie den Zertifikationsprozess für nachhaltige Forstwirtschaft. Mit seiner Unterstützung gehen Produzenten nach umweltschonenden und international als sozialverträglich anerkannten Methoden vor.

Umstrittene neue Märkte

Die Leistungen, die der Wald erbringt, wurden bisher als gratis empfunden. Schutz vor Erosion, Biodiversität und schöne Landschaften sind allerdings nicht einfach eine Gabe der Natur. Ihr Fortbestand hängt oft vom Verhalten der Anrainer dem

Wald gegenüber ab. Ein neuer Ansatz schlägt vor, diese Dienste denen zu verrechnen, die davon profitieren. Verschiedene Projekte testen Mechanismen zur «Kompensation von Umweltdienstleistungen» in Wassereinzugsgebieten.

Die Bodenbewirtschaftung in der Höhe hat einen direkten Einfluss auf Menge und Qualität des Wassers, das zur Bevölkerung in den Niederungen gelangt. Staudambetreiber oder Städte können beispielsweise die weiter oben am Hang lebenden Bauern für eine garantiert regelmässige Wasserversorgung entschädigen. Die Landwirte können sich beispielsweise bereit erklären, auf Pestizide zu verzichten, Terrassen zu bauen oder aufzuforsten, um die Versickerung der Niederschläge zu begünstigen. Jean-Pierre Sorg weist darauf hin, dass sich solchen Mechanismen noch diverse Hindernisse in den Weg stellen: «Wasser betrifft viele Akteure, private und öffentliche. Wie bestimmt man, wer für Verhandlungen zuständig ist? Es ist auch nicht einfach, den Umfang erbrachter Leistungen zu bestimmen.»

Andere umweltrelevante Leistungen des Waldes werden heute auf globaler Ebene gehandelt. Der vom Kyoto-Protokoll eingeführte Mechanismus der sauberen Entwicklung erlaubt es, Verschmutzerländern ihren Kohlendioxidausstoss mittels Baumpflanzungen zu kompensieren. «Dieses System eröffnet armen Ländern interessante Perspektiven. Die Bauern können unfruchtbare Böden in Wäldern umwandeln und den Industrieländern CO₂-



Ulutunok / laif



Ulutunok / laif



Ulutunok / laif

Kredite verkaufen», betont Carmenza Robledo, die an der Forschungsanstalt EMPA in Dübendorf und bei Intercooperation arbeitet.

Anpassung an Klimaveränderungen

Die Weltbank hat eine internationale Tauschbörse eröffnet: Sie kauft Projekten zur CO₂-Bindung im Süden Emissionsrechte ab und verkauft sie Investoren aus dem Norden. Sie engagiert sich insbesondere bei einem von der EMPA entwickelten und vom seco mitfinanzierten Projekt in Kolumbien: Im Tal von San Nicolás haben rund 12000 Bauernfamilien Agroforstwirtschaftszonen ausgeschieden und handeln mit den daraus hervorgehenden Leistungen.

Die landwirtschaftlichen Produkte werden auf dem lokalen Markt verkauft, daneben wurden Instrumente zur Finanzierung der Leistungen zugunsten der Umwelt entwickelt: Der Weltbank werden



Ron Gilling / Still Pictures

«CO₂-Kredite» und kolumbianischen Unternehmen «Umwelttitel» verkauft; diese können Werbung damit machen, dass sie zum Erhalt der Biodiversität und zum Schutz des Bodens beitragen.

Bis die weltweit getroffenen Reduktionsmassnahmen ihre Wirkung auf die Umwelt ausüben, steigt der CO₂-Gehalt der Atmosphäre weiter an. Arme Bevölkerungsteile sind die hauptsächlichen Opfer von Überschwemmungen, Trockenheit und anderen mit der Klimaerwärmung in Zusammenhang gebrachten Phänomenen, weil sie direkt von den natürlichen Ressourcen abhängig sind. Mit Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit müssen sie Strategien zur Anpassung an die Klimaveränderungen erarbeiten.

«Lokal kann die Umstellung bestimmter land- oder forstwirtschaftlicher Praktiken zur Reduktion der Risiken beitragen», bestätigt Carmenza Robledo und gibt ein paar Beispiele: «Wenn die Niederschlagsmenge stark gesunken ist, wird man auf den Anbau von Pflanzenarten verzichten, die viel Wasser benötigen. In Regionen, die bald von sintflutartigen Regenfällen, bald von grosser Trockenheit heimgesucht werden, muss man allenfalls Regenwasser-Rückhaltebecken bauen und diejenigen Bäume pflanzen, die das Erosionsrisiko am besten begrenzen können.» ■

(Aus dem Französischen)

Strategische Forschung

Zwei von der DEZA unterstützte internationale Institute widmen sich ausschliesslich der strategischen Wald- und Baumsforschung. Das 1991 gegründete internationale Waldforschungszentrum CIFOR ist in Bogor, Indonesien, stationiert. Es beschäftigt sich vor allem mit der Gestaltung der Naturwälder zugunsten ansässiger Gemeinschaften, mit der Waldbewirtschaftung und mit der Aufwertung von Gütern und Dienstleistungen des Waldes. Ziel des CIFOR ist, den Wohlstand der Bevölkerung tropischer Länder zu verbessern und den Erhalt der Wald-Ökosysteme sicherzustellen. Das World Agroforestry Centre (ICRAF) wurde 1997 gegründet und hat seinen Sitz in Nairobi, Kenia. Seine Forschung zielt auf Armutsbekämpfung sowie Erhöhung der Ernährungssicherheit ab und fördert Bewirtschaftungsformen, die Kultur- oder Weideland mit Baumbestand verbinden.
CIFOR: www.cifor.cgiar.org
ICRAF: www.worldagroforestry.org

Panzer und Kahlschlag



Am Nabel Europas

Transkarpatien wurde von der Wirtschaftskrise der 1990er Jahre schwer getroffen – praktisch die ganze Industrie brach zusammen. Das Pro-Kopf-Einkommen ist heute so niedrig wie sonst fast nirgendwo in der Ukraine. Die ganz im Westen, «hinter den Karpaten», gelegene Provinz geht bei den Machthabern in Kiew oft vergessen. Transkarpatien ist zwar aus ukrainischer Sicht abgelegen, die Märkte der Europäischen Union (EU) liegen jedoch nah. Unmittelbare Nachbarn sind die EU-Mitglieder Polen, Slowakei und Ungarn, dazu kommt Rumänien. Der grenzüberschreitende Handel ist neben der Forstwirtschaft und dem Weinbau einer der wichtigen Wirtschaftszweige. Und die Provinz hat noch einen weiteren Trumpf: Im Bezirk Rakiv steht ein Monument, das den Ort als Mittelpunkt Europas definiert – 1887 legten dies die kaiser- und königlichen Geografen Österreich-Ungarns fest.

Seit dem Ende der Sowjetherrschaft ist die Waldnutzung in Transkarpatien zwar deutlich zurückgegangen, beruht jedoch noch weitgehend auf umweltschädlichen Methoden. Die im Westen der Ukraine gelegene Provinz baut gegenwärtig mit Unterstützung der Schweiz eine naturnahe Forstwirtschaft auf, die Rücksicht auf die ökologischen Funktionen des Waldes nimmt.

(jls) Im Gegensatz zum ziemlich flachen und trockenen Rest der Ukraine, ist die kleine Provinz Transkarpatien gebirgig und niederschlagsreich. Viel Regen lässt dichte, vor allem von Buchen und Rottannen durchsetzte Wälder heranwachsen, eine der wichtigsten Ressourcen der Gegend. Entwässert wird sie von insgesamt 9429 Bächen und Flüssen. Der Wasserreichtum kann sich jedoch auch als Fluch erweisen: 1998 und 2001 gingen sintflutartige Regengüsse über den Karpaten nieder und sorgten an den Unterläufen der Flüsse für lebensgefährliche Überschwemmungen. Mit humanitärer Hilfe aus der Schweiz wurden Deiche repariert, Dämme gebaut und Hilfe für die betroffene Bevölkerung bereitgestellt.

Nach der Katastrophe von 2001 geriet der Wald zur Zielscheibe von Kritik: Er habe seine Schutzfunktion nicht ausüben können. Doch hatte nicht der bisweilen über mehrere Hektar praktizierte Kahlschlag die Walddecke zerstört, das oberflächliche Abfließen des Wassers begünstigt und das Hochwasser verursacht? Im Auftrag der DEZA reis-

ten Schweizer Experten nach Transkarpatien, um Antworten zu finden und die Art der allenfalls notwendigen Hilfe zu bestimmen. Ihre Beobachtungen liessen auf keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Abholzen und den Überschwemmungen schliessen. «Übernutzung im grossen Stil konnten wir keine feststellen, wohl aber punktuelle Zerstörungen aufgrund einer ziemlich grobschlächtigen Waldbewirtschaftung, die das Erosions- und Hochwasserrisiko erhöht», erklärt der ETHZ-Professor Jean-Pierre Sorg als Mitglied der Expertengruppe.

Auf dem Weg zu einer sorgfältigeren Nutzung

Der zu Sowjetzeiten sehr intensive Holzschlag brach in den 1990er Jahren zusammen, die grossen Forstbetriebe gingen Konkurs. Geblieben sind hingegen die Methoden. Obwohl Kahlschlag seit dem Jahr 2000 verboten ist, wird er immer noch praktiziert. Veraltetes Material verursacht an den verbleibenden Bäumen und auf dem Waldboden mas-

in den Karpaten



Intercooperation (3)

sive Schäden. Die Waldarbeiter benutzen beispielsweise ausgediente Panzer mit Raupen, um zum Holzschlag zu gelangen und anschliessend die Stämme bis zu einem befahrbaren Weg zu schleifen.

Aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen in der Bergforstwirtschaft hat die Schweiz Transkarpatien Unterstützung zur Verbesserung der forstwirtschaftlichen Strategien angeboten. Ende 2003 ist ein Zusammenarbeitsprojekt angelaufen. Finanziert wird es von der DEZA, umgesetzt von Intercooperation und dem Bildungszentrum Wald im bündnerischen Maienfeld. Wichtigstes Ziel ist die Förderung einer nachhaltigen Waldnutzung, bei der genügend Holz produziert wird, ohne jedoch die Umweltfunktionen des Waldes zu beeinträchtigen.

Holz für den Winter

Zwei staatliche Forstbetriebe führen in den Bezirken Rakhiv und Khust versuchsweise alternative Methoden ein. Die ukrainischen Waldarbeiter werden mit umweltschonenden Techniken vertraut gemacht. In unwegsamem Gelände benützen sie zum Beispiel Kabelkräne, damit die Stämme nicht am Boden abtransportiert werden müssen.

Die beiden Pilotbezirke haben ausserdem begonnen, ihre Waldpolitik mit Beteiligung der lokalen Akteure zu planen. Nach ihren Erwartungen an den Wald befragt, formulierten die Anrainer zwei entscheidende Bedürfnisse. Ihre grösste Sorge besteht darin, zu erschwinglichen Preisen Holz zum

Heizen beschaffen zu können, in ihrem Fall Buchenholz. Zurzeit gibt die arme Landbevölkerung bis zur Hälfte ihres Einkommens für Brennholz aus. Um überhaupt an das in einer Region mit langen und strengen Wintern unentbehrliche Heizmaterial zu gelangen, fliessen zusätzlich zum offiziellen Preis oft Schmiergelder.

Erich Oberholzer, Projektverantwortlicher, hofft auf baldige Besserung: «Wir ermuntern unsere Partner, mehr Buchenholz auf den Markt zu bringen, was dessen Preis automatisch senken sollte. Normalerweise schlagen die Forstbetriebe lieber Rottannen, weil sie einträglicher sind.» Das zweite Anliegen der Dorfbewölkerung ist, im Holzschlag oder in der Holzverarbeitung wieder Arbeit zu finden. Früher waren die Forstbetriebe die wichtigsten Arbeitgeber der Provinz.

Der Wald als Erholungszone kann den Anwohnern ebenfalls Einkommensquellen erschliessen. Das Schweizer Projekt setzt auf das hohe touristische Potenzial Transkarpatiens, insbesondere seine riesigen Naturreservate, und unterstützt deshalb den Bau eines 180 Kilometer langen Fernwanderwegs. In allen Dörfern finden die Wanderer Privatunterkünfte. «Natürlich können sie nicht in Dreisternehotels absteigen, aber die unglaubliche Gastfreundschaft der Landbevölkerung macht den fehlenden Komfort bei weitem wett», verspricht Erich Oberholzer. ■

(Aus dem Französischen)

Biosphären-Reservat

In der Ukraine gehört praktisch der ganze Wald dem Staat und wird von verschiedenen öffentlichen Körperschaften kontrolliert. Bewirtschaftet wird er von Staatsbetrieben oder privaten Konzessionären. In den 1990er Jahren hat die Regierung die grundlegende ökologische Bedeutung des Waldes erkannt und beschlossen, die kommerzielle Nutzung geografisch zu beschränken. Zurzeit sind 22 Prozent der transkarpatischen Waldfläche Schutzzonen. Ein grosser Teil von Flora und Fauna sind noch unberührt oder unterliegen menschlichen Einflüssen nur am Rand. Der ukrainische Teil der Karpaten bietet Lebensraum für eine reiche Tier- und Pflanzenwelt; einzelne Arten sind vom Aussterben bedroht. Einer der sieben Naturparks der Region erhielt 1992 den von der Unesco verliehenen Status eines Biosphären-Reservats. Er beherbergt den weiträumigsten natürlichen Buchenwald Europas.

Ohne Karité-Butter kein Brot

Die Ernte der Karité-Nüsse und die nachfolgende Butterherstellung sind Frauensache und ermöglichen den Malier Familien vom Land ein willkommenes Nebeneinkommen. Die Karité-Baumbestände sind jedoch bedroht. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit kümmerte sich bislang um produktions- und vertriebstechnische Aspekte der Buttergewinnung – nun beschäftigt und widmet sie sich der Pflege des Baumbestands.

Erste Ernte nach 17 Jahren

Der Karité-Baum ist ein typisch afrikanischer Baum aus der Familie der Sapotaceae. In Regionen mit langer Trockenzeit wächst er wild in der Baumsavanne. Man findet ihn in 16 Ländern, von Senegal bis Uganda. Die höchsten Bestände weisen Mali, Burkina Faso und Nigeria auf. 150 Millionen Bäume oder zwei Drittel des gesamten afrikanischen Bestands stehen in Mali. Der Butterbaum wächst sehr langsam und trägt im Mittel nach 17 Jahren die ersten Früchte. Den vollen Ertrag erreicht er jedoch erst nach 25 bis 30 Jahren. Der Karité-Baum wird bis 300 Jahre alt. Er wird 12 bis 15 Meter hoch. Der durchschnittliche Jahresertrag pro Baum wird auf etwa 15 Kilo Karitékerne geschätzt.

(jls) Die Karité-Nüsse reifen in der feuchten Jahreszeit, zwischen Juni und August. Dann ist Erntezeit für etwa drei Millionen Malierinnen. Fröhlich machen sie sich auf den Weg in die Savanne, wo mitten in Baumwoll-, Hirse- und Erdnussfeldern die Butterbäume wachsen. Jede Frau geht auf den Feldern ihres Ehemanns von Baum zu Baum und liest die zu Boden gefallenen Früchte zusammen. Die Felder der Baumsavanne umgeben das Dorf üblicherweise in einem Umkreis von zwei bis drei Kilometern.

Weiter draussen, im Buschland, stehen allgemein zugängliche Butterbäume. Aber weil sie zu Fuss unterwegs sind, gehen die Dorfbewohnerinnen meistens nicht so weit weg. Vor allem, da sie ja auf dem Rückweg auf ihrem Kopf eine 10 bis 20 Kilogramm schwere Wanne tragen. Um genügend Nüsse zu ernten, suchen die Frauen mehrere Tage

hintereinander ihre Bäume auf, bisweilen sogar zweimal am Tag. Zehn Kilo Früchte ergeben etwa zwei Kilo Nusskerne, aus denen nach einer langen und mühseligen Verarbeitung 350 bis 500 Gramm Butter gewonnen werden.

Ein Baum für alles

Karité-Butter wird hauptsächlich in der Küche verwendet. Er dient aber auch als Grundlage zur Seifenherstellung und wird als Allerweltssalbe für die traditionelle Hausapotheke verwendet: Bei Erkältungen und Verstauchungen, zur Wundheilung und für die Kleinkinderpflege. Und sie hält die Gemeinschaft zusammen: Wenn die Dorfbewohner ein Fest vorbereiten, bringen alle Frauen die zum Kochen benötigte Butter mit.

Braucht die Familie Geld, verkaufen die Frauen einen Teil ihres Vorrats. Die Binnennachfrage ist hoch, besonders in ländlichen Gebieten, wo Karité-Butter das wichtigste Nahrungsfett ist. «Sie lässt sich auch in der Stadt verkaufen, denn die Städter haben ihre Wurzeln alle auf dem Land und bleiben ihren Gewohnheiten treu. In Mali ist es undenkbar, bestimmte Gerichte wie beispielsweise Bohnen, anders als mit Karité-Butter zu kochen», sagt Djénéba Cissé Sow, Programmbeauftragte von Intercooperation.

Sogar aus ranzig gewordenen Nüssen hergestellte Butter lässt sich noch veräusern: In Gegenden wo gefischt wird, streicht man die Einbäume zum Schutz mit Karité-Butter ein. Etwa 15 Prozent der im Land produzierten Butter wird an Importeure aus dem Norden, vor allem Schokoladehersteller, verkauft. Kleine Mengen gelangen in die Kosmetikindustrie. «Für die Produzentinnen ist der Export nicht besonders interessant, die Mengen sind zu bescheiden. Und der Ertrag ist zu gering, da die Schokoladeindustrie nur Kerne kauft, deren Preis jedoch weit unter dem Butterpreis liegt», erläutert Lionel Giron, der die Erschliessung von Absatz-



Larissa Stachow / Still Pictures

märkten unterstützt. «Wir verfolgen eher die Möglichkeiten, Butter und hochwertige Seife in den Städten Malis und Westafrikas abzusetzen.»

In den letzten Jahren haben Intercooperation und das Centre écologique Albert Schweitzer an der Verbesserung der Verarbeitungs- und Konservierungsmethoden gearbeitet. In der Region Sikasso, wo diese Organisationen tätig sind, hat sich die Butterqualität merklich verbessert. «Leider profitieren davon die Produzentinnen kaum. Alle Zwi-

schenstufen konnten ihre Margen erhöhen, sie jedoch nicht. Angesichts der mühseligen Arbeit die sie leisten, bleibt die Entschädigung sehr bescheiden», bestätigt Djénéba Cissé Sow.

Bedrohte Ressource

Intercooperation kümmert sich auch um die Baumbestände, denn eine Schmarotzerpflanze, eine Art Mistel, schwächt die Butterbäume. An manchen Stellen der Savanne sind 90 Prozent des Be-



Bruce Faton / Panos / Strates

stands von Schmarotzern befallen. Andererseits verhindert der immer intensivere Baumwollanbau die natürliche Regeneration der Bäume. Die Bauern pflügen ihre Felder mit Maschinen und benötigen immer grössere Flächen, die sie mittels Brandrodung gewinnen.

Alte Butterbäume lassen sie aufgrund ihres wirtschaftlichen und symbolischen Werts wenn möglich stehen. Im unmittelbaren Umfeld wachsende Schösslinge schonen sie jedoch nicht. Und wenn die eine oder andere Jungpflanze zufällig dem Feuer oder dem Pflug entkommen ist, wird sie von den Herden abgegrast, die nach der Baumwollernte auf den Feldern weiden.

«Die Dorfbewohnerinnen sind beunruhigt – die alten Bäume werden immer ertragsschwächer und der Jungwuchs ist nicht gesichert. Wir müssen aktiv werden, um diese Ertragsquelle zu erhalten», betont der Forstingenieur Jean-Laurent Pfund. Dies ist denn auch das Ziel eines neuen Projekts, das 2006 starten soll. Die verschiedenen Akteure werden lokale Übereinkommen ausarbeiten müssen, um eine nachhaltige Bewirtschaftung der Baumsavanne sicherzustellen und die Nutzungsrechte der Butterproduzentinnen zu gewährleisten. ■

(Aus dem Französischen)



Von der Nuss zur Butter

Karité-Butter wird nach einer althergebrachten Methode hergestellt, die dank internationaler Entwicklungszusammenarbeit verbessert werden konnte. Die Karité-Nüsse werden vom Fruchtfleisch befreit, gekocht, an der Sonne getrocknet und in einem Speicher gelagert. Dieser Vorrat deckt den Fettbedarf einer Familie bis zur nächsten Ernte. Früher räucherten die Frauen ihre Karité-Nüsse und gruben sie in die Erde ein, aber diese Methode hinterlässt einen bitteren Geschmack und verleiht der Butter einen hohen Säuregehalt. Bei Bedarf holt die Hausfrau eine bestimmte Menge Nüsse aus dem Vorrat, schält sie und holt die Kerne heraus. Diese werden in einem Mörser zerstoßen oder in der Dorfmühle gemahlen. Das Mahlgut wird mit Wasser vermischt und ergibt eine Paste, die mit aller Kraft bearbeitet werden muss, bis daraus Butter entsteht. Sie wird anschliessend in einem Topf erhitzt, um sie von Verunreinigungen zu befreien. Die besonders Kräfte raubenden Arbeitsschritte (zerkleinern, buttern) erledigen die Dorfbewohnerinnen gemeinsam.



Karin Desmarowitz / agenda (4)

Stehen geblieben auf dem Weg in die Moderne

Einst war sie ihrer landschaftlichen Anmut, Kultur und Schaumweine wegen eine hoch geachtete Republik. Heute, nach einem Krieg und Jahren des wirtschaftlichen Abstiegs, ist die Republik Moldau das ärmste Land Europas, politisch zerrissen und diesseits wie jenseits des Dnjestrs, des moldauischen Schicksalsflusses, kommunistisch geführt. In die EU drängt es sie dennoch. Von Ulrich Schmid*.

Betonblöcke und Maschinengewehre sind nie ein erhebender Anblick, aber wenn einem die Kalaschnikows vor derart lieblicher Kulisse unter die Nase gehalten werden, dann schmerzt das doppelt. Wir sind in der Nähe der Stadt Bender, im Niemandsland zwischen der Moldau und Transnistrien. Die russischen Grenzsoldaten kontrollieren unsere Pässe, ohne die Zigarette aus dem Mund zu nehmen. Auf den flach ansteigenden Hügeln am Horizont wechseln sich bebaute Felder mit brachliegendem Land ab. Blühende, drängende Natur, wohin man schaut.

Doch der Schein trügt. Die Moldau ist das ärmste Land Europas, ärmer noch als Albanien. Auf ge-

wissen staatlichen Kolchosen wird noch gearbeitet, doch die private Landwirtschaft liegt darnieder, so wie praktisch die ganze Wirtschaft darniederliegt. Die Moldau befindet sich zwar «mitten in Europa», wie der kommunistische Präsident des Landes, Wladimir Woronin, nicht müde wird zu betonen, doch westeuropäische Wirtschafts- und Politikformen haben sich hier erst ansatzweise durchgesetzt.

Die Jungen verschwinden

Die Ursachen der Lähmung sind bekannt. Als Sowjetrepublik war die Moldau – der Begriff «Moldawien» geht auf den Sprachgebrauch der Nazis



Moldau



zurück und ist verpönt – noch ein relativ wohlhabendes Land. Genährt zu symbolischen Preisen von einem nie versiegenden Ressourcenstrom aus Russland und den ölreichen Gebieten am Kaspischen Meer, versehen mit Gratisrubeln aus den Truhen der Moskauer Planer und besucht von Millionen Erholungssuchender, erfreute sich Moldau eines hervorragenden Rufs. Als reich, sonnig und kulturell hochstehend – Puschkin lebte von 1820 bis 1823 hier – galt die Republik, als anregendes multikulturelles Kleinbiotop, das zudem seiner Nähe zu Rumänien wegen über etwas westliches Flair verfügte.

Dann brach die Sowjetunion zusammen und plötzlich sah sich die über Nacht unabhängige Moldau in der Lage eines Entwicklungslandes, das jahrelang von ausländischer Hilfe gelebt, sich an die Vorteile und Annehmlichkeiten einer unselbständigen Existenz gewöhnt hat und als Resultat gut gemeinter, aber letztlich schwächender Hilfe schließlich im Markt nicht mehr bestehen kann. Selbst funktionsfähige Industrien brachen zusammen, denn über 90 Prozent aller mineralischen Rohstoffe mussten importiert werden, und dazu fehlte das Geld. Die Folgen waren dramatisch und sind bis heute sichtbar geblieben.

Was ist in Chisinau, der Hauptstadt, so ganz anders als in allen anderen europäischen Metropolen? Die Architektur ist es nicht. Der Mix aus Vorrevolutionärem und Stalinistischem findet man auch in Kiew oder Minsk. Auch der lebendige Budenbe-

trieb und die schweren, verdunkelten Autos der Mafiosi sind keine moldauische Exklusivität. Aber dass die Jungen aus dem Strassenbild weitgehend verschwunden sind, dürfte in Europa einzigartig sein! Kinder und Ältere sitzen in Cafes, sitzen im Kino, fahren im Bus.

Die Tatsache, dass es in der Moldau praktisch keine gut bezahlte Arbeit gibt, hat zum massenhaften Exodus der Arbeitsfähigen, Wendigen und Mutigen geführt. Rund ein Viertel aller Erwerbstätigen arbeitet laut offiziellen Angaben heute im Ausland; im Segment der Zwanzig- bis Vierzigjährigen dürften es doppelt so viele sein. Ihren Verdienst schicken sie zu einem guten Teil zurück und halten so das verarmte Land notdürftig über Wasser. Aber ein natürlicher Zustand ist das nicht. Wenn weit über die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts im Ausland erarbeitet wird, kann man von einem funktionierenden Staatswesen nicht reden.

Gespaltenes Land, zurückhaltende EU

Nicht, dass es an Erwerbsquellen mangeln würde. Zwar fehlen die energietragenden Bodenschätze, aber im milden, trockenen Klima gedeihen die Rebe, der Apfel und die Zuckerrübe superb. Auf mehr als 120 meist staatlichen Weingütern werden jährlich etwa eine Million Hektoliter Wein erzeugt: Der Weisse, aus der französischen Rebsorte Aligote gekeltert, genießt international einen guten Ruf. Den wenigen westlichen Touristen, die sich nach Moldau wagen, schmecken auch der Kognak



Karin Desmarowitz / agenda (2)



Das Ding im Alltag Hammer und Sichel

Der moldauische Staatschef Woronin ist zwar Kommunist, doch seit er die Parole «Rein in die EU!» ausgegeben hat, ist von seinen Parteifreunden so manches aufrichtige Bekenntnis zu europäischen Werten zu hören. Trifft man sich jedoch in Chisinau mit den wesensverwandten Politikern aus der ehemaligen Sowjetunion, erscheint allerdings flugs wieder die Anstecknadel mit Hammer und Sichel am Revers. In der transnistrischen Republik sind Hammer und Sichel gar omnipräsent. Auf Flaggen und Transparenten, auf Gedenktafeln, an Schulen und Amtshäusern, auf Postkarten, Kaffeetassen und Suppenschüsseln prangen die gekreuzten Embleme der einstigen Sowjetunion, und das hat durchaus Methode. Igor Smirnow, der telegene Herrscher am Dnjestr, ist ein Nostalgiker der Sowjetunion und bedauert nichts mehr, als dass seine Mentoren und Behüter im Moskauer Kreml, zumindest was die Äusserlichkeiten betrifft, vom Kommunismus alter Prägung nichts mehr wissen wollen.

und die süßen Schaum- und Dessertweine. In den Westen gelangen diese Produkte wegen des Protektionismus der Europäischen Union allerdings nur selten.

Zwar erhält das arme Land zwischen den Flüssen Pruth und Dnjestr immer wieder etwas Entwicklungshilfe. Aber auf günstigere Handelsbedingungen will sich die Brüsseler Gemeinschaft nicht einlassen. So gehen der moldauische Alkohol, Tabak, Weizen und Mais primär nach Osten, ins alte ex-sowjetische Absatzgebiet. Seit 2000, nach Jahren mühseliger und zögerlicher Strukturreformen, macht die Wirtschaft wieder etwas Fortschritte. Doch die in Chisinau herrschenden Kommunisten sind keine ehrgeizigen Reformer, und echtes, vom Staat unabhängiges Unternehmertum, ist ihnen noch heute ein Dorn im Auge.

Erschwert wird die Umgestaltung auch durch die Teilung des Landes. In den Wirren des Zerfalls der Sowjetunion spaltete sich das Gebiet östlich des Dnjestr, das einen Zusammenschluss der Moldau mit Rumänien fürchtete, unter der Führung des moskautreuen Igor Smirnow von Chisinau ab. Im Schutze der russischen Truppen ist es bis heute de facto unabhängig geblieben. Die Transnistrische Republik wird zwar von keinem Land der Welt anerkannt, verfügt aber über beträchtliches Gewicht, denn auf ihrem Gebiet befindet sich fast die Hälfte der moldauischen Industriekapazität. Seit einem kurzen Krieg 1992 herrscht am Dnjestr gespannte Ruhe.

Versöhnungsinitiativen und Autonomiemodelle gab es immer wieder, doch sie scheiterten bisher alle daran, dass Moskau Transnistrien anwies, die langfristige Stationierung russischer Truppen zur

Bedingung jeglicher Einigung zu machen. So wandte sich der Kommunist Woronin im vergangenen Jahr schliesslich der Europäischen Union zu und bekannte sich – mehr der Not gehorchend denn dem eigenen Triebe – sogar zu den Prinzipien der «oranen Revolutionen», die rings um sein Land die politische Landkarte neu eingefärbt hatten.

Schmugglerparadies Transnistrien, Gagausischer Autonomiestatut

Als einen eigentlichen ethnisch-kulturellen Konflikt kann man den Zwist zwischen dem Schmugglerparadies Transnistrien, wo die slawisch sprechenden Russen und Ukrainer zusammen die Mehrheit stellen, und der rumänischsprachigen Moldau sicher nicht bezeichnen. Die politischen Ursachen sind wichtiger. Sicher gibt es ethnisch begründete Animositäten, aber Tatsache ist, dass mehr Russischsprachige in der Moldau leben als in Transnistrien und dass es die Rumänischsprachigen in Transnistrien zwar nicht immer leicht haben, bisher aber keinen Pogromen ausgesetzt waren.

In der Moldau leben zahlreiche Minderheiten seit Jahrzehnten recht friedlich miteinander. Am bekanntesten sind die Gagausen im Süden des Landes, die über einen tauglichen Autonomiestatus verfügen, der eines Tages ein Modell für die Lösung des Transnistrien-Konflikts abgeben könnte. ■

** Ulrich Schmid ist NZZ-Korrespondent für Ostmitel- und Osteuropa mit Sitz in Prag in der Tschechischen Republik.*

Moldau und die Schweiz

Von Kleinkrediten bis zum Kampf gegen Kinderschmuggel

(bf) Seit dem Jahr 2000 beteiligt sich die Schweiz an der Hilfe für die Republik Moldau insbesondere mit humanitärer Hilfe, welche vom Kooperationsbüro in der Hauptstadt Chisinau koordiniert wird. Ab 2004 unterstützt die DEZA im Rahmen der bilateralen technischen Zusammenarbeit verstärkt die Transitionsprozesse durch öffentliche und private Akteure. Im Jahr 2005 beläuft sich das Gesamtbudget auf 4,8 Millionen Franken, wovon die technische Zusammenarbeit 2,6 Millionen Franken beträgt. Schwerpunktmässig konzentriert sich das Programm auf folgende Bereiche.

Zusammenarbeit

Arbeit und Einkommen: Ein Programm der Weltbank zur Förderung von ländlichen Spar- und Kreditgenossenschaften wird von 2005 bis 2007 mit Fachberatung, insbesondere was die Erweiterung des Portefeuilles auf längerfristige Kredite anbelangt, unterstützt. Zudem wird ein Projekt zur Reform der Berufsbildung, das gemeinsam mit SIDA Schweden finanziert wird, noch 2005 gestartet.

Soziale Entwicklung: Ein gemeinsames Programm mit dem Gesundheitsministerium und der Unicef hat die landesweite Ausbildung des Ge-

sundheitspersonals und die Aufklärung der Zielbevölkerung zum Thema «Mutter und Kind» zum Ziel. Zur Einführung der ambulanten psychiatrischen Pflege sind erste Aktivitäten angelaufen. Massnahmen um die psychiatrische Ergotherapie sowie die Grundausrüstung der Geburtskliniken zu verbessern, sind in Vorbereitung und bis 2007 vorgesehen.

Humanitäre Hilfe

Hilfe in akuten und chronischen Notsituationen: Diese erfolgt durch Winternothilfeprogramme mit Suppenküchen, der Lieferung von Heizmaterial und Milchpulver an soziale Institutionen sowie durch Sommerlager für benachteiligte Familien.

Infrastrukturhilfe: Die Projekte beinhalten den Bau von Trinkwasserversorgungssystemen in ländlichen Gebieten und Wasserqualitätskontrollen, öffentliche Kampagnen zur Sensibilisierung im Bereich Wasser und Hygiene sowie bauliche Sanierung von Heimen und psychiatrischen Kliniken.

Menschenhandel: Im Vordergrund stehen der Kampf gegen den Kinderhandel und Kinderschmuggel sowie die Prävention illegaler Migration von Frauen.

Name

Republik Moldau;
in der Landessprache:
Republica Moldova

Hauptstadt

Chisinau (gesprochen:
Kischinau)
ca. 800 000 Einwohner

Bevölkerung

4,46 Millionen

Fläche

33 843 km²

Ethnien

65% Moldauer
14% Ukrainer
13% Russen
3,5% Gagausen
2% Bulgaren
jüdische und deutschstämmige Minderheiten

Sprachen

Moldauisch ist offizielle Staatssprache (weitgehend identisch mit dem Rumänischen); daneben Russisch und Gagausisch (Türkischsprachig)

Religionen

Über 90 Prozent gehören der orthodoxen Kirche an, und zwar je ihrer Herkunft entsprechend der moldauisch-orthodoxen, der russisch-orthodoxen oder der ukrainisch-orthodoxen. Auch die Gagausen sind mehrheitlich orthodox. Rund 20 000 Bürger bekennen sich zur römisch-katholischen Kirche. Die Verfassung schreibt die Religionsfreiheit vor.

Wichtigste

Exportprodukte

Agrargüter und Erzeugnisse der Nahrungsmittelindustrie, inklusive Alkohol und Zigaretten.

Aus der Geschichte

1359 Gründung des Fürstentums Moldau nach Befreiung aus ungarischer Herrschaft.

ab 1538 Türkischer Vasallenstaat.

1812 Annexion durch Russland, Generalgouvernement Bessarabien.

1924 Stalin gründet am linken Ufer des Dnjestr die «Autonome Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik» ASSR (heute Transnistrien).

1940 Die ASSR wird mit Bessarabien, das Rumänien unter dem Druck eines Stalin-Ultimatums abtritt, zur Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (MSSR) vereinigt.

1941-1944 Als Verbündete Hitlers besetzt Rumänien das verlorene Gebiet erneut.

1944 Nach der Rückeroberung der Moldau durch die Rote Armee wird die Moldau in ihrer alten Vorkriegsgestalt wieder hergestellt und von Rumänien im Februar 1947 als Teil der UdSSR anerkannt.

1990 Am 23. Juni erklärt die Republik Moldau ihre «Souveränität» innerhalb der Sowjetunion; im August Ausrufung einer unabhängigen Gagausischen Republik; im September Proklamation der Dnjestr-Republik in Tiraspol. Beide Republiken werden von der Führung in Chisinau nicht anerkannt.

1991 Am 27. August Unabhängigkeitserklärung der Moldau.

1991 Kämpfe zwischen russisch-ukrainischen Separatisten (unterstützt von Kosakenverbänden) und moldauischen Polizeieinheiten. Intervention der Russischen 14. Armee unter General Alexander Lebed.

1992 Im Juli Friedensabkommen zwischen Tiraspol und Chisinau.

1994 Die Gagausen erhalten einen Autonomiestatus. Wiederzulassung der Kommunistischen Partei.

1996 Petru Lucinschi gewinnt die Präsidentenwahlen.

1997 Autonomie-Memorandum für Transnistrien.

1998 Bei den Parlamentswahlen gewinnt die Kommunistische Partei 30 Prozent der Stimmen.

2001 Die KP triumphiert bei den vorgezogenen Parlamentswahlen und gewinnt über 50 Prozent der Stimmen. Wahl des Kommunisten Wladimir Woronins zum Präsidenten.

2005 Die KP verliert bei den Parlamentswahlen im März leicht und fällt auf 46,1 Prozent zurück, bleibt aber stärkste Partei. Woronin wird von der Legislative mit Hilfe der Christlichdemokraten wiedergewählt.



Hoffnungen und Ängste in Moldau



Viorica Lifari ist Professorin an der staatlichen Moldauer Universität in Chisinau. Bis Juli 2005 war sie dort Vizepräsidentin der Abteilung für Englische Philologie. Kürzlich wurde sie zur Vizedekanin der Fakultät für Fremdsprachen und fremdsprachige Literatur befördert. Sie unterrichtet unter anderem «Sprachtheorie für germanische Sprachen», «Englische Sprachgeschichte», «Semiotische Textlinguistik» und verschiedene Wahlfächer in Zusammenhang mit der Sprachtheorie und Praxis des Englischen. Momentan arbeitet sie auch an ihrer Doktorarbeit auf dem Gebiet der Linguistik. Viorica Lifari ist verheiratet und hat eine sechsjährige Tochter.

Mein Mann und ich gehören zur Generation der 30- bis 40-Jährigen. Der Alltag der Leute dieser Altersgruppe wird normalerweise durch Familienleben, Berufsarbeit und Kindererziehung bestimmt. Kurz: Die Eltern arbeiten, die Kinder wachsen. Doch in manchen Moldauer Familien sieht der Alltag anders aus, weil ein Elternteil oder sogar beide Eltern im Ausland arbeiten, während ihre Kinder in Moldau bei fremden Leuten bleiben, die sich kaum um sie kümmern. Diese Kinder sehnen sich nach ihren abwesenden Eltern und hoffen, dass die Familienbeziehungen bis zu deren Rückkehr erhalten bleiben.

In Moldau – zumindest in der Hauptstadt – gehen alle Kinder zur Schule, sogar Zigeuner. Je nach den finanziellen Mitteln der Familie gehen die Kinder in eine private oder öffentliche Schule oder in den Kindergarten und verbringen zwei Drittel des Tages dort. Am Wochenende verbringen die Familien ihre gemeinsame Freizeit mit Konzert- und Theaterbesuchen, machen Spaziergänge in Parks, gehen in den Zoo, zum Karussell, in den Zirkus, ins Café oder Restaurant oder besuchen Grosseltern oder andere Verwandte. Wenn beide Elternteile am Leben sind und eine Arbeit haben, besitzen ihre Kinder in der Regel einen Computer zu Hause und sind mit dem Internet vertraut. Ich finde, viele Eltern sind glücklich, obwohl Kindererziehung und Berufsarbeit sie stark in Anspruch nehmen.

Gewöhnlich fahren alle Familien im Sommer für eine Woche oder länger ans Meer. Je nach ihren fi-

nanziellen Mitteln gehen sie nach Bulgarien, Rumänien, in die Türkei oder nach Spanien. Am einfachsten jedoch bei weitem nicht am günstigsten ist es, über Transnistrien in die Ukraine zu fahren.

Die Altersgruppe der 45- bis 60-Jährigen unterscheidet sich auch in ihrem Lebensstil von den 30- bis 40-Jährigen. Ihre berufliche Karriere mussten sie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion aufbauen, was natürlich einen Einfluss auf ihr Familienleben und ihren Alltag hatte. Die meisten Leute, die legal oder schwarz im Ausland arbeiten, sind zwischen 35- und 50-jährig. Über 45-Jährige, die das Universitätsstudium ihrer Kinder bezahlen müssen, gehen im Ausland auf Jobsuche, wenn sie in Moldau keine Verdienstmöglichkeit finden. Die allein zurückgelassenen jungen Leute kommen meist gut zurecht. Manche geben das Geld, das ihnen ihre Eltern senden sinnvoll aus, andere verschwenden es leichtsinnig.

Die Altersgruppe der Betagten ist am wenigsten glücklich, da ihre Altersrente zu niedrig ist und sie jeweils die Tage zählen, bis ihre nächste Rente ausbezahlt wird. In der Hoffnung auf einen geruhsamen Lebensabend, haben sie das ganze Leben hart gearbeitet, doch wurden sie enttäuscht. Ihr Alltag ist schwierig.

Ich finde, solange man in Moldau berufstätig ist, ist das Leben nicht so schwierig. Auch hier kann man ein angemessenes Einkommen erzielen, wenn man versucht, mehrere Jobs zu kombinieren. Man muss nicht unbedingt ins Ausland gehen.

Ich hoffe, dass die wirtschaftliche Lage in Moldau sich verbessert, so dass die Leute, die im Ausland arbeiten wieder zurückkehren. Auch hoffe ich, dass Moldau bald der Europäischen Union beitreten kann. Schon jetzt kann man, insbesondere im Bildungswesen, Anpassungen feststellen. So ist seit diesem September das Bologna-System für die Universitätsausbildung in Moldau eingeführt, wovon ich als Universitätsprofessorin direkt davon betroffen bin.

Meine Ängste gehen dahin, dass die Kinder, die von ihren im Ausland arbeitenden Eltern in Moldau zurückgelassen wurden, aggressiv werden. Dass sie ihr Land gering schätzen, weil dieses sie von ihren Eltern trennt. Und dass sie sich deshalb später in anderen Ländern eine bessere Zukunft suchen. ■

(Aus dem Englischen)



Karin Desmarovitz / agenda



Afrika –wie viel und welche Hilfe?

In letzter Zeit ist viel die Rede von Hilfe an Afrika, von Sinn und Unsinn, von wie und wie viel Hilfe geleistet wird und geleistet werden soll. Was ist geschehen?

Das WEF in Davos hat im Januar 2005 die Armut als globale Herausforderung priorisiert. Bedeutende Politiker haben sich mit Vorschlägen zu neuen Finanzierungsideen für Entwicklung positioniert. Grossbritannien hat als Vorsitz der G-8 die Afrika-Hilfe und Entschuldung thematisiert, die UNO hat Mitte September die Staatschefs der Welt eingeladen, eine Standortbestimmung vorzunehmen über die Erreichung der vereinbarten Ziele Millennium Development Goals (MDGs). Kein Wunder also, dass das Thema Afrika Schlagzeilen machte und noch macht, dass Wissende und weniger Wissende sich zum Thema äussern, schreiben und reden, Meinungen äussern oder Standpunkte vertreten.

Interessant ist dabei, dass ideologische Ansätze – früher eher im politischen linken Lager auszumachen – nun plötzlich im liberalen und rechten Spektrum laut werden. Weiter muss nachdenklich stimmen, dass Afrika quasi als Einheitskontinent und als hoffnungsloser Patient abgeschrieben wird. Weniger Hilfe sei besser, die Regierungsführung durchwegs schlecht und überall herrsche die Korruption. Fakt ist: Afrika ist nicht Afrika. Afrika ist ein Kontinent mit 58 Ländern, mit rund 880 Mio. Einwohnern (1950 waren es 221 Mio). Afrika hat viele unterschiedliche Kulturen, Lebensformen und Entwicklungsstufen. Wer betreffend Afrika nur schwarz- weiss denkt wird die bunte Vielfalt dieses Kontinentes weder entdecken noch verstehen.

Gewiss, viele Länder Afrikas haben Probleme, vieles ist nicht zum Besten bestellt. Das gilt leider auch für die internationale Hilfe. Es wird von Afrika bessere Regierungsführung verlangt. Das ist richtig und wichtig. Aber wo ist die vorbildliche Gouvernanz der Industrieländer? Wie steht es mit den vielen gemachten Versprechungen? Wie verhalten sich die verschiedenen Akteure auf staatlicher Ebene, der

Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und der Medien? Wer hat welche Interessen und welche Agenda? Wer legt sie offen und wer versteckt sie?

Klar ist: Afrika braucht Hilfe und Partnerschaft, wenn sich die vielen Länder in eine global florierende Wirtschaft einbringen und davon auch profitieren wollen. Erfolgreiche Partnerschaften mit Afrika für Frieden, Sicherheit und Entwicklung sind auch im Eigeninteresse der Industrieländer und benötigen hohe Mittel, Aufmerksamkeit und Engagement.

Auch die Art der Hilfe und Partnerschaft mit Afrika sind sehr unterschiedlich. Die Schweiz unterstützt einerseits die multilateralen Bemühungen namhaft und ist andererseits bilateral in einer Auswahl von Ländern direkt tätig. Dabei wird mit den Regierungen von Staat zu Staat dialogisiert, aber rund zwei Drittel der Hilfe wird nicht über die Regierungen, sondern direkt mit den Akteuren aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft umgesetzt. DEZA und seco setzen mit den Partnern gemeinsam Ziele und sorgen dafür, dass diese kontrolliert erreicht werden. Wir machen keine politischen Ellbogenkämpfe, aber wir verlangen gute Rahmenbedingungen, Transparenz und Rechenschaft. Und unser Ansatz funktioniert gut bis sehr gut! Die Mittel zeigen Wirkung.

Doch wir können nicht alle Probleme lösen und auch nicht überall sein. Wir sind innovativ, setzen Massstäbe und sind bereit, Wissen und Erfahrung zu testen, uns in die bilaterale und multinationale Politikgestaltung einzubringen. Wir sind einerseits verantwortlich, wie und was wir unternehmen, andererseits sind wir auch mitverantwortlich, einen Beitrag zu leisten für einen Kontinent, der wie wir in Europa Frieden, Sicherheit und Entwicklung braucht. Es geht um Menschen. Sie dürfen uns nicht gleichgültig sein. ■

Walter Fust
Direktor der DEZA

Die vergessenen Flüchtlinge



Fernab von den Blicken der Öffentlichkeit leben Flüchtlinge aus Myanmar, dem einstigen Burma, in thailändischen Flüchtlingscamps. Viele dieser Menschen sind seit Jahrzehnten auf der Flucht vor den Truppen Yangons, dem früheren Rangoon. Einige sind gar in den Camps geboren und aufgewachsen. Überleben können sie nur Dank der Unterstützung der internationalen Hilfsorganisationen.

Menschenrechtsverletzungen und Kindersoldaten

Die Menschenrechtsorganisationen erheben schwere Vorwürfe gegen die Militärregierung und die Armee Myanmars. Dokumentiert sind Fälle von Vertreibung, Folter, Vergewaltigung, Zwangsarbeit und Gräueltaten gegen ethnische Minderheiten, vor allem in den Gebieten der Karen und Shan. Zudem soll die Armee zwangsweise Kindersoldaten rekrutieren. Laut Schätzungen der Menschenrechtsorganisationen soll die Armee Myanmars 60 000 Kindersoldaten in ihren Reihen haben und weitere 6000 dienen in Rebellengruppen.

(mr) Die Strasse durch den dichten Dschungel, die zum Ban Pang Qwai Camp führt, verwandelt sich während der Monsunzeit in eine rote Schlammlawine. Für die Laster mit den Nahrungsmitteln der Hilfsorganisationen ist sie dann wochenlang unpassierbar. Rund 18 000 burmesische Flüchtlinge, vorab der Karenni-Ethnie, leben in diesem thailändischen Camp nahe der Grenze zu Myanmar. Das Flüchtlingslager besteht aus kleinen Bambushütten mit dunklen Strohdächern, eines dicht an das andere gereiht, umgeben vom Dschungel und streng bewacht von der thailändischen Armee.

Weiter südlich entlang der Grenze befinden sich acht weitere Camps. Insgesamt haben rund 150 000 Menschen verschiedener Ethnien in den Lagern Zuflucht gefunden. Mit den wenigen Habseligkeiten beladen, die sie auf ihrem Rücken tragen können, kommen fast täglich weitere dazu.

«Der Thailand Burma Border Consortium TBBC», ein Zusammenschluss christlicher Hilfswerke, der von der DEZA durch die Caritas unterstützt wird, beliefert die Camps mit den notwendigsten Nahrungsmitteln wie Reis, Fischpaste, Salz und Zucker. Selbstversorgung ist nicht möglich, denn die

Myanmars

Siedlungen stehen mitten im Dschungel. Zudem herrscht ein Arbeitsverbot, das den Flüchtlingen verunmöglicht, einer bezahlten Arbeit ausserhalb der Flüchtlingssiedlung nachzugehen.

Fast 60-jähriger Konflikt

Seit Jahrzehnten gibt es bewaffnete Auseinandersetzungen in Myanmar, dem früheren Burma. Die Repression der burmesischen Regierung begann 1948 nach der Unabhängigkeit vom britischen Thron. Das Militärregime unterdrückt mit Waffengewalt jeglichen Versuch, Demokratie herzustellen. Hinzu kommt ein blutiger Kampf der Zentralregierung gegen verschiedene ethnische Minderheiten in diversen Teilen des Landes. Verschiedene bewaffnete Gruppen sind an diesem Konflikt beteiligt, viele von ihnen gehören zu ethnischen Minderheiten wie den Shan, Karen, Mon und Karenni.



Diese Bevölkerungsgruppen wollen sich den Territorialansprüchen der Regierung Yangons nicht fügen und werden von den Regierungstruppen immer mehr nach Osten vertrieben. Anfangs der 1980er Jahre haben sie auf der Flucht die Grenze zu Thailand überschritten. Die ersten Camps diesseits der Grenze entstanden 1984. Doch auch hier sind diese Menschen vor den Übergriffen der Truppen Yangons nicht immer sicher. Wie Menschenrechtsorganisationen dokumentieren, haben die Soldaten ihre Attacken auch schon diesseits der Grenzen geführt.

Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet

Die Neuankömmlinge bauen sich ihre Unterkünfte mit Hilfe der anderen Campbewohner selbst. Das notwendige Baumaterial wie Bambusstäbe, Eukalyptusholz, Nägel und Schnüre erhalten sie von der TBBC. Den Gebrauch von Beton und Zement haben die lokalen Behörden verboten.

Die Flüchtlinge aus Myanmar werden von den Thailändern nicht aktiv unterstützt und sind auf internationale Hilfslieferungen angewiesen. Nur

wer beweisen kann, dass sein Leben unmittelbar in Gefahr ist, wird in den Flüchtlingscamps entlang der Grenze aufgenommen. Thailand legt aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen grossen Wert auf gute Beziehungen zu Myanmar und hat zudem die Genfer Flüchtlingskonvention nicht anerkannt. Die Menschen in den Camps sind nicht die einzigen Bürger aus Myanmar in Thailand. Laut Schätzungen leben drei Millionen im Nachbarland, die meisten sind aus wirtschaftlichen Gründen ohne Papiere eingereist und schlagen sich mit Billig-Jobs durch.

Hoffen auf Aufnahme in einem Drittland

K'Nyaw Paw ist als kleines Mädchen mit ihren Eltern nach Thailand geflüchtet. Heute ist sie 23 und lebt noch immer in einer Flüchtlingssiedlung. Die Situation der jungen Menschen, die in den Camps geboren und aufgewachsen sind, ist besonders



Recht auf Bildung und Erwerbsarbeit

Die DEZA unterstützt in Thailand u.a. das Programm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR. Dieses kümmert sich dort insbesondere um die Sicherheit der Flüchtlinge in den Camps und setzt sich für ihre Rechte gegenüber der thailändischen Regierung ein. Das häufigste Vergehen in den Camps ist die Vergewaltigung. Es sind auch vereinzelte Exekutionen bekannt. Thailand anerkennt die Genfer Flüchtlingskonvention nicht. Das UNHCR handelt deshalb mit der thailändischen Regierung neue Konditionen für den Flüchtlingsstatus aus. Insbesondere werden folgende Probleme angegangen: Recht auf Schule und Berufsbildung, Recht einer Erwerbsarbeit nachzugehen und das Recht, die Camps vorübergehend zu verlassen.

Eine Landkarte für den Frieden

Das Friedensabkommen zwischen der sudanesischen Regierung und den Rebellen im Süden vom Frühjahr 2004 gab Anlass zu Hoffnung. Als Basis für die Wiederaufbauarbeiten wurde in der Schweiz eine neue topografische Karte des Südsudans erarbeitet.

Zwiespalt

Die Wissenschaftler vom CDE würden ihre Informationen gerne als elektronische Daten allen Interessierten zur Verfügung stellen. «Unsere GIS-Datenbank ermöglicht viel weiter gehende Anwendungen als eine gedruckte Karte. So könnten Informationen zum Beispiel für die Koordination der medizinischen Versorgung oder für Analysen als Grundlage für den Brunnenbau genutzt werden», sagt Jürg Krauer.

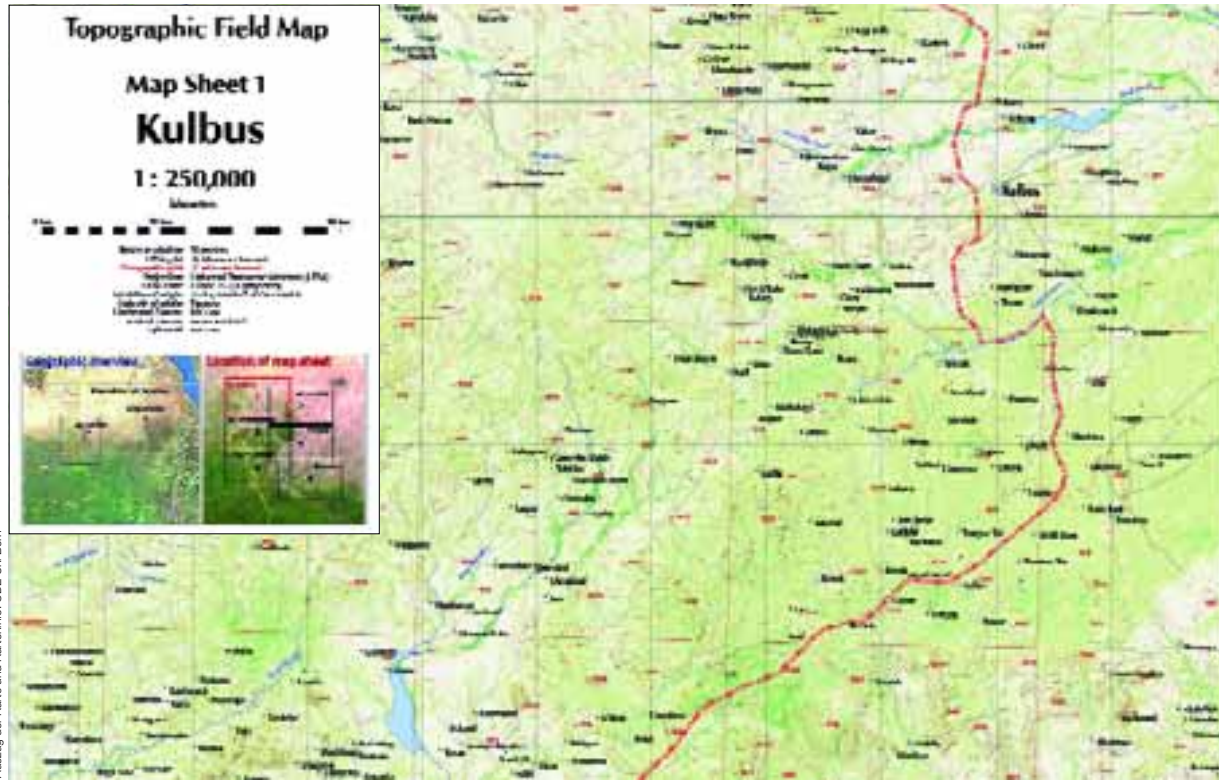
Bei den Auftraggebern will man sich vorläufig auf die topografischen Karten beschränken. «Eine Bereitstellung der elektronischen Daten muss gut überlegt sein», sagt Hansjürg Ambühl. «Man erzielt damit zwar eine grosse Breitenwirkung, sobald wir die digitalen Quellen aber elektronisch zugänglich machen, sind sie nicht mehr geschützt und könnten beliebig, unter Umständen nachteilig, verändert werden.»

Sudan-Karten auf dem Web

Die Sudan-Karten sind sowohl auf der Webseite von Gurtong Peace Project www.gurtong.org wie auch auf derjenigen vom Centre for Development and Environment der Universität Bern www.cde.unibe.ch/sudan/maps zu finden.



Auszug der Karte und Karteninfo; CDE Uni Bern



(gn) Rund 900 000 Quadratkilometer – eine Fläche, fast 22-mal so gross wie die Schweiz – umfasst das neue Kartenwerk für den Südsudan. Hergestellt wurde es von der Abteilung «Entwicklung und Umwelt» (CDE) des Geographischen Instituts der Universität Bern im Auftrag der DEZA und der Politischen Abteilung IV des EDA. «Mit dem Friedensabkommen ist der Weg frei für den Wiederaufbau im Südsudan», sagt Hansjürg Ambühl, Leiter der Sektion Afrika der Humanitären Hilfe. «Eine Karte ist sowohl für die Koordination der Humanitären Hilfe wie auch für die Aufbauarbeiten ein unentbehrliches Arbeitsinstrument, das wir allen Akteuren zur Verfügung stellen wollen.»

Wie bereits für die Nuba-Berge und für Darfur, haben die Forscher am CDE auch die Karten für den Südsudan aufgrund von Daten erarbeitet, die sie in Bern abrufen und aufbereiten konnten. Als Grundlage dienten britische Karten aus der Kolonialzeit sowie russische Karten aus den 1970er Jahren. Diese wurden mit Hilfe von weiteren Geodaten, die via Internet zur Verfügung stehen, ergänzt. Nebst Satellitenbildern wurden für den Süd-

sudan erstmals auch Daten der Space Shuttle Topography Mission vom Jahr 2000 aufgearbeitet, was eine wesentliche Verbesserung der Gelände- und Flussmodelle ermöglicht hat.

Die Informationen aus den verschiedenen Quellen werden alle in eine elektronische Datenbank eingespielen. Dieses Geografische Informationssystem (GIS) ermöglicht es den Wissenschaftlern, die verschiedenen Daten so aufeinander abzustimmen, dass daraus ein Gesamtbild entsteht. «Mit der aktuellen Informationsdichte können wir qualitativ sehr gute Karten im Massstab 1:500 000 herstellen», sagt Projektleiter Jürg Krauer.

Bei der 1:250 000-Karte nimmt man anfängliche weisse Flecken in Kauf und setzt darauf, dass sie später durch Informationen aus dem Feld ergänzt werden. «Unser Ziel ist es, den Akteuren vor Ort eine politisch wertneutrale Grundlage zur Verfügung zu stellen», sagt Jürg Krauer. Dabei erfordert der richtige Umgang mit den Daten einiges an Fingerspitzengefühl und diplomatischem Geschick: Nach wie vor sind zum Beispiel zahlreiche Grenzbeziehungen nicht geklärt oder gar umstritten. ■

Unter der Lupe

(grg) Die Schweiz hat sich als Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 2005 einem Länderexamen über ihre Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit und ihre humanitäre Hilfe unterzogen. Analysiert wurden die strategische Ausrichtung, die multilaterale Zusammenarbeit, die konkrete Durchführung vor Ort sowie die administrativen Abläufe und Strukturen. Die OECD hat nun den Schlussbericht vorgelegt, der Feststellungen und Empfehlungen für die Schweiz enthält und der am 30. Juni im Entwicklungshilfesausschuss der Organisation diskutiert wurde. Eine Schweizer Delegation war zu diesem Zweck eingeladen und konnte detailliert Stellung nehmen. Die OECD anerkennt in ihrem Bericht die hohe Qualität der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz, fordert von ihr jedoch ein noch grösseres fi-

nanzielles Engagement. Weitere Empfehlungen betreffen die Schwerpunktsetzung auf eine gewisse Anzahl Länder und Themen, die Kohärenz der verschiedenen Schweizer Politikbereiche in Bezug auf die armen Länder, die humanitäre Hilfe sowie eine Anzahl organisatorischer Fragen. Die Schweiz wird den Bericht und die Empfehlungen nun sorgfältig prüfen.

Job-Sharing

(abb) Im Koperationsbüro in Islamabad teilt sich ein Ehepaar die Aufgabe als Koordinator und Koordinatorin der DEZA. In Dehli ist es die Assistenzkoordination, die auf ein Ehepaar aufgeteilt ist. Von Seiten der DEZA ist das Job-Sharing-Modell als Beitrag zur Chancenförderung und zur Verbesserung der Work/Life-Balance gedacht – Führungsverantwortung kann damit aufgeteilt werden. Es ist eine Möglichkeit, Familie und Berufsleben bei dieser ans-

pruchsvollen Aufgabe im Ausland besser zu vereinbaren. Während an der Zentrale in Bern Job-Sharing grundsätzlich überall stattfinden könnte, sind im Ausland die Voraussetzungen anders: Einzig ein Ehepaar kann sich in die Aufgabe teilen, da der Aufwand für Ausreise und Aufenthalt im Ausland für eine Teilzeitstelle zu gross wäre. Die Erfahrungen mit dem Job-Sharing-Modell in Kooperationsbüros sind zwar noch jung, die Rückmeldungen allerdings sind sehr positiv, sowohl von den Betroffenen selber wie auch von ihrem Umfeld. Ein Modell mit Zukunft!

«Wir sind eine Welt»

(aze) Die DEZA realisiert an ihrem Hauptsitz in kleinem Rahmen jährlich drei Fotoausstellungen. Gegenstand sind Welt-Themen, mit dem Ziel ein besseres Verständnis für die Menschen im Süden und Osten zu erzeugen sowie die Solidarität

zu fördern. Zugleich werden damit Kunstschaffende unterstützt, welche sich mit dieser Thematik auseinander setzen und somit den interkulturellen Dialog im schweizerischen Kulturleben begünstigen. Für einmal interessierte sich auch eine Schule für das DEZA-Ausstellungsforum. Zeichenlehrer Urs Knoblauch vom Literargymnasium Rämibühl (ZH) hatte sich mit seinen Klassen mit dem Thema «Wir sind eine Welt» im Rahmen des Kunstunterrichts befasst. Vorlage für die bildnerischen Studien bildeten Fotos aus dem DEZA-Magazin «Eine Welt». Nebst den ausgestellten Farblinoldrucken und Bleistiftzeichnungen waren an der Vernissage am 6. September im Lichthof des DEZA-Gebäudes in Bern auch interessierte Gäste und rund 80 Jugendliche zugegen, die ihre Werke präsentierten und überdies für einen musikalischen Rahmen sorgten.

Was eigentlich ist... Dezentralisierung?

(bf) Dezentralisierung umschreibt generell den Prozess, durch welchen der Staat Kompetenzen, Ressourcen, Verantwortlichkeiten, Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse an untere Stufen (z.B. Provinzen, Distrikte, Regionen, Städte, Gemeinden, Dörfer) überträgt. Das Ziel dabei ist es, die Entscheidungsprozesse dort anzusiedeln, wo die zu lösenden Probleme auftauchen. Damit werden die direkt Betroffenen in politische Entscheide miteinbezogen und die Distanz zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie der Entscheidungsinstanz verkürzt. Wichtig bei diesem Prozess ist, dass nicht einfach nur die Entscheidungsbefugnis nach unten delegiert wird, sondern die entsprechenden Kompetenzen und Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig soll jedoch der Zentralstaat weiterhin seine wichtige Rolle bezüglich der Ausgleichsfunktion zwischen «stärkeren» und «schwächeren» Regionen wahrnehmen können. Der Begriff der Dezentralisierung unterscheidet drei wesentliche Bereiche. Die *politische Dezentralisierung* zielt auf die bessere Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen, indem beispielsweise lokal gewählt werden kann. Die *administrative Dezentralisierung* verteilt die Kompetenzen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben auf staatliche Behörden, die auf unterschiedlichen Ebenen des Staatswesens angesiedelt sind. Die *fiskalische Dezentralisierung* ist von zentraler Wichtigkeit, weil

nach unten transferierte Aufgaben selbständig nur erfüllt werden können, wenn die nötigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden und die Kompetenz besteht, Ausgabenentscheide zu fällen. Eine der grössten Herausforderungen eines Dezentralisierungsprozesses besteht darin, diese drei Ebenen aufeinander abgestimmt durchzuführen.



Mark Edwards / Still Pictures

Bosnien-Herzegowina

Das Grundgesetz definiert Bosnien-Herzegowina als Konföderation, die aus zwei «Entitäten» besteht. Die bosnjakisch (d. h. muslimisch)-kroatische Föderation (3,75 Mio. Einwohner) und die Republika Srpska (1,25 Mio.). 48 Prozent der Bevölkerung sind Bosnjaken (Muslime), 37 Prozent Serben und 14 Prozent Kroaten. Das Grössenverhältnis der Entitäten beträgt etwa 51:49. Die Föderation ist in zehn Kantone unterteilt, von denen fünf bosnjakisch dominiert sind, drei kroatische Mehrheiten haben und zwei etwa hälftig gemischt sind. Der Gesamtstaat ist schwach im Vergleich mit den Entitäten und Kantonen. Zwar ist seit kurzem ein gemeinsames Verteidigungsministerium im Aufbau, aber innere Sicherheit, Erziehung, Gesundheit, Wirtschaft werden massgeblich auf Entitäts- oder sogar Kantonebene geregelt. Diese dezentrale Struktur wird vielfach als aufgebläht ineffizient und teuer kritisiert. In der Tat erschwert sie die Annäherung an Nato und EU und bietet zahlreiche Schlupfwinkel für Geldwäscherei und organisierte Kriminalität.

Die Suche nach der eigenen Verfassung

Zehn Jahre nach Kriegsende befindet sich Bosnien-Herzegowina mehr denn je auf der Suche seiner selbst, nach einer klaren Position gegenüber und innerhalb Europa. Die spannenden Auseinandersetzungen um Verfassungsfragen und Zukunftsperspektiven des Landes werden unter anderem durch öffentliche Diskussionsrunden mit prominenter Schweizer Beteiligung gefördert. Von Andreas Ernst*.

Vor etwas mehr als zehn Jahren war es bei westlichen Intellektuellen Mode, Sarajewo zu besuchen. Es waren die Jahre der Belagerung der Stadt, als bosnische Serben mit ihren Geschützen und Sniper-Gewehren die Bevölkerung terrorisierten. Die westlichen Besucher kamen «aus Solidarität» und um zu zeigen, dass man die multikulturelle Stadt «nicht im Stich lassen» wollte. «Einige haben uns wirklich geholfen. Zum Beispiel Susan Sontag», sagt eine Schriftstellerin. Sontag inszenierte mit einheimischen Schauspielern «Warten auf Godot». Sie sei mutig und neugierig gewesen, denn «es war eine Begegnung mit der Welt draussen». Viele andere hätten sich dagegen vor allem mit

ihrer eigenen Betroffenheit beschäftigt. Das war vor zwölf Jahren. Seit das Abkommen von Dayton den Krieg im November 1995 beendete und die internationalen Medien weitergezogen sind, hat das Interesse westlicher Intellektueller an Bosnien massiv abgenommen.

«...so wie ich Zürcher und Schweizer bin» Adolf Muschg, der Schweizer Schriftsteller, ist im Sommer 2005 zum ersten Mal da. Er nimmt auf Einladung des DEZA-Kooperationsbüros in Belgrad an einem Podiumsgespräch über die Zukunft von Bosniens Verfassung teil. Das bosnische Grundgesetz, formal ein Anhang des Friedensvertrags, ist

das Resultat von Krieg, ethnischen Säuberungen und zähen Verhandlungen in Dayton. Dies erklärt seine komplizierte Struktur (s. Randspalte). Das Hauptproblem, mit dem die Verfassungsreform konfrontiert ist, besteht darin, dass weder Serben noch Kroaten den Gesamtstaat als ihr Land betrachten. Sie wachen eifersüchtig darüber, dass die entscheidenden Befugnisse in ihrer Entität oder ihren Kantonen bleiben. Umgekehrt ist vielen Bosnjaken dieser Föderalismus, der den Gesamtstaat schwächt, ein Dorn im Auge.

«Ausser in revolutionären Situationen sind Verfassungsdiskussionen nie populär», sagt Muschg. Aber dies sei kein Grund aufzugeben. Vielleicht werde die Diskussion ja unter falschen Voraussetzungen geführt. Etwa jener, dass verschiedene Identitäten sich gegenseitig ausschliessen. «Weshalb soll sich ein Bürger der Republik Srpska nicht auch als bosnischer Bürger verstehen, so wie ich Zürcher und Schweizer bin?»

zeugten Föderalisten gemacht. Nur wenige Länder könnten sich Zentralismus leisten, alle ändern müssten eine angemessene Form von Föderalismus finden.

Polemik statt Annäherung

Seine Antwort auf die Frage einer bosnisch-serbischen Journalistin, ob die Republik Srpska ein Hindernis auf dem Weg Bosnien-Herzegowinas nach Europa sei, ist eindeutig: «Keineswegs. Im Gegenteil, die Konzeption verschiedener Entitäten unter gemeinsamem Dach ist sehr europäisch.» Damit betritt Adolf Muschg ein Minenfeld im innerbosnischen Diskurs. Er weiss es nicht und wirkt gerade deshalb auf eine unbeschwertere Art überzeugend.

Die Krise der EU nach dem französischen und holländischen «Nein» zur Verfassung sieht er als Chance. Die EU sei gezwungen nach ihren kulturellen Grundlagen zu fragen. Der Wirtschafts-



Muschg, das erweist sich in seinen Gesprächen als Vorteil, ist kein «Balkanexperte». Er hat kein Rezept. Aber er weiss, wovon er spricht: Sein Ausgangspunkt ist die Erfahrung mit der Schweizer Bundesverfassung, an deren erfolgloser Totalrevision er 1977 beteiligt war.

Die Auseinandersetzung mit dieser Verfassung und mehr noch, jene mit Europa haben ihn zum über-

und Währungsraum reiche offenbar nicht aus, um aus Bürgern von Nationalstaaten auch Europabürger zu machen. Bosnien sei in einer ähnlichen Situation. Nach der «Notlösung von Dayton» müsse Bosnien nun zum Teil Europas werden. «Sie, als bosnische Bürger müssen die Aufgabe lösen, die Europa aufgegeben ist.» Wenn das gelinge, gelinge Europa.

Dayton

Die Grundlage des Dayton-Abkommens sind die bis Herbst 1995 gewaltsam geschaffenen Verhältnisse in Bosnien. Der Vertreibung fast aller Bosnjaken aus dem serbisch dominierten Teil und der Ausdehnung der serbischen Zone auf 70 Prozent des Territoriums folgte im Sommer 1995 der bosnjakisch-kroatische Gegen-schlag, die Vertreibung von Serben und die Etablierung einer Frontlinie, die das Land etwa im Verhältnis 1:1 teilte. Auf dem abgelegenen Luftwaffenstützpunkt Dayton in Ohio gelang es dem amerikanischen Unterhändler Richard Holbrooke eine Kompromisslösung durchzusetzen. Sie rettete Bosnien-Herzegowina als Staat, allerdings um den Preis einer Dezentralisierung, die weitgehend nach ethnischen Kriterien festgelegt wurde. Neben Holbrooke dürfte Slobodan Milosevic der wichtigste Geburtshelfer des Abkommens gewesen sein. Er brach den Widerstand der bosnischen Serben gegen die Kompromisslösung und verständigte sich mit seinem kroatischen Gegenüber, Franjo Tudjman.



«Die Zukunft von Bosniens Verfassung»

Unter diesem Titel hat das Kooperationsbüro der DEZA in Sarajewo unter der Leitung von René Holenstein in Zusammenarbeit mit der Schweizer Botschaft eine «Plattform» geschaffen, um die Verfassungsdiskussion anzustossen. Schweizerische Erfahrungen (Föderalismus, Direkte Demokratie, Umgang mit Minderheiten und Randregionen) sollen in die Diskussion einfließen, die aber wesentlich von einheimischen Experten, Intellektuellen und Politikern geführt wird. Rundtisch-Gespräche, Workshops, Studienreisen und kleinere Forschungsaufträge stellen das notwendige Wissen bereit. Ein Netzwerk interessierter Bürger und Organisationen wird geschaffen, das kontinuierlich die Zukunft des Landes diskutiert. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Medienarbeit: Die Diskussionen werden einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Medienleute sind begeistert, mit Muschg einen weltläufigen und nahbaren Gesprächspartner zu haben, den man fast pausenlos im Originalton zitieren kann. «Endlich kein Besserwisser», sagt ein Kameramann. Die Realität der bosnischen Diskussionskultur holt den Schweizer Gast am nächsten Abend ein, als in der Universität ein Gespräch zum Thema «Welches Bosnien für Europa – welches Europa für Bosnien?» stattfindet.

Der Raum ist voll besetzt, viele Vertreter der «Intellectuals» sind anwesend. Das Gespräch ist ein Fiasko – die Professoren Rusmir Mahmutcehajic und Gajo Sekulic wissen schon lange, was sie voneinander denken und an Muschgs Anregungen sind sie nicht interessiert.

Dass sich die Zukunft des Landes in der Hand der Bürger befinde sei leeres Gerede der Internationalen Gemeinschaft, die das Land kontrolliere, sagt Mahmutcehajic. Bosnien sei von aussen, durch Serbien und Kroatien zerstört worden. Eine Versöhnung zu fordern komme ihm so vor, als hätte man 1945 den Juden gesagt, sie sollten mit Deutschland Frieden schliessen. Bosnien zu retten und zu integrieren sei die Aufgabe der EU.

Nach dieser Polemik platzt Sekulic der Kragen. Mahmutcehajic sei ein unverbesserlicher «Ethnopolitiker». Und dann wiederholt er, was er bei jeder Diskussion sagt: Bosnien brauche eine liberal-demokratische Verfassung, die auf dem Individuum und nicht auf der Volksgruppe aufbaue. Aber wie man dies erreichen will, darüber sagt Sekulic nichts. Das Publikum schaltet sich ein. Einer schlägt vor, die Medien auszuschliessen, damit die Gesprächsteilnehmer Vernunft annehmen. Ein anderer klagt, dass die kreative Mittelklasse halt abgewandert sei.

Und ein Dritter stellt fest, dass man hierzulande immer die Unterschiede aber nie die Gemeinsamkeiten betone. In düsterer Stimmung schliesst die Veranstaltung.

Fehlender historischer Bezugspunkt

Anders als im Fall Europa, wo die gemeinsame Erinnerung an zwei mörderische Kriege eine mentale Absicherung gegen den Rückfall in den extremen Nationalismus ist, hat Bosnien keinen gemeinschaftlichen historischen Bezugspunkt. Es wird, so der Journalist Muharem Bazdug, von einem «Gleichgewicht der Angst» zusammengehalten. Die Serben klammern sich an ihre Selbstbestimmung in der Republik Srpska. Die Kroaten wollen in ihren Kantonen ihre Kompetenzen behalten oder sich in einer eigenen Entität organisieren. Die Bosnjaken schliesslich fürchten, bei einem Auseinanderdriften des Landes ohne eigenen Staat als Volk zu verschwinden.

Unter diesen Umständen sind Reformen, ob in Richtung stärkerer Integration oder in Richtung Dezentralisierung, sehr schwierig. Ein Ansatzpunkt, der nach Meinung von Muharem Bazdug weiterführen könnte, ist die Stärkung der Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen und Entitäten durch konkrete Projekte in der Wirtschaft, im Bereich der Gesundheit, der Erziehung und Polizei. Über die grossen Entwürfe eines neuen Bosnien könne man vielleicht später sprechen. ■

**Andreas Ernst ist Südosteuropa-Korrespondent für die NZZ am Sonntag und Mitarbeiter der NZZ mit Sitz in Belgrad*

Entwicklungshilfe, wie bitte?

Entwicklungshilfe ist ein Unsinn. Man hilft nicht zu entwickeln. Man entwickelt oder lässt es bleiben. Und man entwickelt nicht Einzelne zum Nachteil ganzer Bevölkerungen. Keine Entwicklungshilfe ist denen zugute gekommen, die sie nötig gehabt hätten, der Bevölkerung nämlich. Sie wird unterschlagen, von politischen Führern und ihren Strohmännern. Die Korruption, die in so genannten armen Ländern grassiert, hat sich institutionalisiert. Sie ist zum ganz normalen Wahnsinn geworden. Für die Bevölkerung ist dieser Sachverhalt fatal. Entwicklungshilfe, wenn sie denn weiter geleistet wird, muss auf einer objektiven Grundlage erfolgen, den Bedürfnissen der Begünstigten entsprechen und effiziente und nachhaltige Bedingungen an die Umsetzung knüpfen. Ein AlibiProjekt hier, ein anderes da zu finanzieren, Schulden oder Schuldzinsen zu erlassen, bedeutet, all diese Mörder ihrer Völker mit Persilscheinen für ihre Untaten einzudecken. Entwicklungshilfe ist, wenn das Treiben vom Wurm befallener Machthaber und anderer Verantwortlicher unmissverständlich verurteilt wird, dieses Abzweigen von Geldern, Material, Medikamenten und sogar von Spritzen, die man dann auf dem Markt wieder findet.

Entwicklungshilfe muss als Ethisierung des öffentlichen Lebens, als Anspruch an die Demokratie, als Gute Regierungsführung, als Kontrolle und als tatsächlich angewandte Sanktionen neu erfunden werden. Die Begünstigten müssen in allen Etappen involviert sein, von der Definition der Bedürfnisse bis zur Umsetzung der Projekte. Die Vertreter der Geberländer wissen es durchaus: Nicht alles, was unternom-

men wurde, hat die Ziele der mit Pomp unterzeichneten Verträge erreicht. Entwicklungshilfe heisst, die Menschen in ihrer Arbeit zu unterstützen, nicht, für sie zu arbeiten. Es geht nicht an, ganze Völker beim Durchwursteln sich selbst zu überlassen und zuzuschauen, wie sich die Machthaber und ihre Entourage bereichern.

Wer Entwicklungshilfe leisten will, muss der Korruption Einhalt gebieten, auf Waffengeschäfte verzichten und die Völker ihr Schicksal selbst bestimmen lassen. All die Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen und der UNO-Institutionen sind nur Tropfen auf den heißen Stein, Gifttropfen, die die Länder bloss noch tiefer in die Armut treiben. Geber und korrupte Machthaber sind Komplizen im Spiel um die Zerstörung der Lebensqualität der Bevölkerung. Entwicklungshilfe muss zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Und darum ist sie ein Unsinn. Weder die Entwicklungshilfe noch der Erlass von Schulden und Schuldzinsen werden die betroffenen Völker den Fängen der Armut entreissen.

All die Machthaber, die ihre

Zeit zum Betteln verschwenden, sind die eigentlichen Verantwortlichen für die Misere ihrer Völker. Die Völker müssen reagieren und sich dieser Chefs und ihrer inkompetenten Komplizen entledigen. Die so genannten armen Länder haben keine Hilfe nötig. Sie brauchen Bildung, Gesundheit, soziale Gerechtigkeit. Arme Länder entwickeln hat nichts zu tun mit Unterstützung beim Bau von Volkspalästen und Kongresszentren, beim Absetzen klimatisierter Allradfahrzeuge und beim Material- und Wissensimport. Der grösste Teil der Projektbudgets geht für Verwaltungskosten und allgemeine Auslagen flöten, ein wahrer Abgrund. Und vor Ort werden die Projekte begraben, abgeblasen, hingepfuscht. Spitäler haben keine anständige Ausrüstung und Schulen weder Zimmer, noch Bänke, von qualifizierten Lehrkräften ganz zu schweigen. Entwicklungshilfe ist, wenn man die Bevölkerung selbst über die eigene Entwicklung entscheiden lässt. Entwicklung ist kein Rezept. Entwicklung ist ein Entscheid. Entwicklungshilfe ist, wenn man nicht hilft. ■

(Aus dem Französischen)



Doris Fokkewski

Ken Bugul wurde 1947 als Mariétou Mbaye Biléoma in Senegal geboren. Ihr Pseudonym Ken Bugul bedeutet in Wolof «Niemand will sie haben». Sie studierte in Senegal und Belgien. Seit 20 Jahren lebt sie mit ihrer Familie in Porto Novo in Benin, wo sie als Schriftstellerin tätig ist. Sie hat sechs Romane veröffentlicht, darunter «Rue Félix-Faure» (Editions Hoebeker), der diesen Frühling erschienen ist, sowie «Riwan ou le Chemin de Sable» (Edition Présence Africaine, Paris), der 1999 mit dem Grand Prix Littéraire de l'Afrique Noire ausgezeichnet wurde. Auf Deutsch liegt von ihr der Roman «Die Nacht des Baobab» (Unionsverlag Zürich) vor. Neben ihrer schriftstellerischen Tätigkeit arbeitete sie während zehn Jahren für internationale Entwicklungsorganisationen, betreut Schreibateliers für Menschen aus benachteiligten Milieus und betätigt sich als Kunst- und Kulturhändlerin.



Jörg Böhmig / agenda



Afrikas Kino ist zu vielen zu weit weg

Das afrikanische Kino ist genauso vielfältig, reichhaltig und kontrovers wie Afrika als Kontinent – eine Qualität, könnte man meinen. Doch afrikanische Filmproduktionen kämpfen bei uns gegen Vorurteile und hohe Zugangshürden sowie gegen die von Europa oder Amerika diktierten Produktionsbedingungen. Von Walter Ruggle*.

Kürzlich hat mir ein Kulturtäter aus der Schweiz erläutert, dass Afrika doch total «in» sei und für uns Mitteleuropäer der naheliegendste Kontinent. Ich habe ihn enttäuschen müssen mit meiner Einschätzung, dass kein anderer Kontinent so weit entfernt sei von der Schweiz, wenn es um Kulturvermittlung gehe. Die Leute hier interessierten sich leicht für lateinamerikanische Kulturen und könnten auch für gewisse asiatische

Regionen gewonnen werden, aber Afrika – das sei zu vielen zu weit weg. Das Phänomen zeigt sich am Beispiel Kino ganz ausgeprägt. Natürlich gibt es immer mal wieder eine Grossproduktion aus den USA oder aus Europa, die Afrikas phänomenale Landschaften, die koloniale Vergangenheit, ein paar Klischees oder ein Stück Elend konsumgerecht aufbereitet und diese dem nordwestlichen

Publikum zum käuflichen Genuss anbietet (etwa «Hotel Ruanda» oder «Die weisse Massai»). Solches Kino ist nicht Ausdruck afrikanischer Kultur, es ist vielleicht Ausdruck von schlechtem Kolonialgewissen oder von Spekulation mit der Exotik.

«Die Leute in Europa haben das Gefühl, Afrika sei eine Einheit»

Mit Afrikas eigener Filmkunst

lässt sich kein Geld verdienen. Warum verkauft sich ein kolumbianischer Film besser als einer aus Guinea Bissau? Warum liegt vielen das Nahe so fern? Gründe gibt es viele. Der afrikanische Kontinent ist nie so stark durchdrungen worden von kulturellen Strömungen des Nordens und ist diesem umgekehrt trotz vielerlei Verwandtschaften und Einflüssen fremd geblieben. Es existieren Berührungspunkte, und gleichzeitig hat



man von keinem Kontinent so klare Vorstellungen und Vorurteile, wie vom afrikanischen. Wie oft höre ich, aber das ist doch kein afrikanischer Film, wenn ein Film aus Afrika kein dörfliches Leben beschreibt und locker daherkommt wie der Spielfilm «TGV» aus dem Senegal oder «Ouaga Saga» aus Burkina Faso. Beim gabunesischen Erstling «Dôlè» hiess es, der Rhythmus des Films sei nicht afrikanisch, weil alles so schnell zu und her gehe. «Typisch europäisch», schmunzelt Regisseur Imunga Ivanga, als ich ihm das erzähle, «die Leute in Europa haben das Gefühl, Afrika sei eine Einheit, dabei ist allein schon der Lebensrhythmus in Libreville ein völlig anderer als in Bamako.» Sein Film hat es in den letzten zwei Jahren an Schweizer Schulen spielend geschafft, Jugendliche zu verblüffen und ihnen nicht nur ein Stück unbekanntes Afrika vor Augen zu führen: «Dôlè» hat vielen

gezeigt, dass es unterhaltsames Kino auch ausserhalb des US-Mainstreams gibt. Das Kino Afrikas bleibt ein ausgesprochen vielfältiges und reichhaltiges, das sich vom Maghreb im Norden und Filmen wie «L'enfant endormi» (Marokko), «L'autre monde» (Algerien) oder «Bab'Aziz» (Tunesien) über Länder wie Mauretanien («En attendant le bonheur»), Guinea Bissau («Nha Fala»), Burkina Faso («Moi et mon blanc»), den Senegal («Mooladée») hin zum Süden erstreckt mit Simbabwe («Yellow Card») oder Südafrika («U-Carmen», «Amandla!»), um nur ein paar bei uns sichtbare jüngere Beispiele zu nennen. Aus einigen afrikanischen Ländern bekommen wir gar keine Filme zu sehen, weil es dort kaum eine Filmproduktion gibt.

Rückbesinnung auf eigene, einfache Themen

Das afrikanische Kino muss nicht nur höhere Hürden neh-

men, um im Norden anzukommen und dort im ganzen Unterhaltungslärm, dem einseitig ausgerichteten Medieninteresse und dem Konsumtaumel mit seinen eigenen, anderen und mitunter auch quer liegenden Geschichten überhaupt wahrgenommen zu werden. Es muss im jeweiligen Umfeld erst mal entstehen können – oft genug fehlen die Mittel, Filme zu drehen. Technisch gesehen hat sich für die Filmproduktion in den letzten Jahren mit der Digitalisierung immerhin einiges verändert: Man kann schneller, günstiger produzieren, die Kosten fallen später an und auf der Basis von vorzeigbarem Material. Gleichzeitig mangelt es an Lebensnotwendigerem, was dazu führt, dass das afrikanische Kino auf Unterstützung von aussen angewiesen ist und darauf, dass diese Unterstützung nicht an Bedingungen geknüpft ist, die technischen Fortschritt behindern oder Kreativität und Eigenständigkeit einschränken.

Zu oft bedeutet eine Koproduktion mit Europa noch immer, dass Gelder in Europa ausgegeben werden müssen (zum Beispiel in der Endfertigung eines Filmes) oder dass europäische Erzählmuster gewünscht sind und nicht afrikanische. Letzteres mit der verhängnisvollen Folge, dass fertige Filme dann heimatlos ausschauen und weder in Afrika verwurzelt sind noch in Europa ankommen können. Inhaltlich gesehen beschäftigen sich afrikanische Filmschaffende genauso wie europäische oder asiatische mit ganz unterschiedlichen Fragen und pflegen unterschiedliche Stile. Klar, dass man im südlichsten Afrika sich daran gemacht hat, die Geschichte der Apartheid aufzuarbeiten («Amandla!», «U-Carmen») und ihre Wunden in der Gegenwart zu betrachten («Forgiveness»), während ein Filmemacher in Simbabwe sich mit dem Rollenbild der Männer und ihrer Verantwortung ausein-



andersetzt und Jugendlichen ein amüsantes Lehrstück bietet («Yellow Card»).

In traditionell starken Filmländern wie Burkina Faso oder Senegal scheint es, als würden einzelne Regisseure sich nach Versuchen der Anpassung an vermeintliche nördliche Bedürfnisse wieder ganz auf sich selbst besinnen und einfach Themen aufgreifen, die gesellschaftlich zunächst einmal vor Ort wichtig sind («Delwende», «Moolaadé»).

Der in sich geschlossene afrikanische Film existiert nicht

Immer wieder spielt das Verhältnis Norden und Süden eine Rolle, der kulturelle wie der wirtschaftliche Unterschied, was auch mit der Tatsache zusammenhängt, dass viele afrikanische Filmschaffende oft in Paris leben. Filme wie «Moi et mon blanc» (Burkina Faso), «Nha Fala» (Guinea Bissau) oder «En attendant le bonheur» (Mauretanien) wären Beispiele,

letzterer auch dahingehend, wie wandlungsfähig afrikanisches Kino ist und sich in meditativer Weise einem Thema nähern kann – in diesem Fall dem Moment des Weggehens. Das Thema der Migration findet sich am Ausgeprägtesten im Norden in den Ländern des Maghreb, wo die Absatzbewegungen am stärksten sind und immer wieder auch verhängnisvoll. «L'enfant endormi» beschreibt das Leben der zurück gelassenen Frauen, «Tarfaya» den Versuch, sich illegal nach Spanien abzusetzen, «L'autre monde» die umgekehrte Suche nach dem Geliebten in Algerien durch die Tochter von Emigranten. Das Schicksal der Frauen wird auffallend häufig betrachtet auch in Filmen von Männern, gleichzeitig gibt es die mehr philosophische Suche nach existenziellem oder religiösem Halt in Filmen wie «Le cheval de vent» oder «Bab Aziz», dem neusten Werk des tunesischen Erzählers Nacer Khemir.

Nur schon dieser sehr kurze Tour d'Horizon im Kino aus Afrika vermag zu verdeutlichen, wofür jene, die afrikanische Kultur in Europa ernsthaft vermitteln möchten, sich wehren: Afrika mag an vielen Orten krisenbelastet sein, es ist aber auch ein ungemein vielfältiger, anregender und spannender Kontinent.

Der in sich geschlossene afrikanische Film existiert nicht, es gibt viele beachtenswerte Produktionen aus Afrika, die alle ein Wunsch einen mag: Auch im Norden und im Westen als das wahrgenommen zu werden, was sie sind, nämlich ein Ausdruck von eigenständigen und selbstbewussten Kulturen. Afrika wäre ja tatsächlich ein nahe liegender Kontinent für uns. ■

**Walter Ruggle ist Publizist und Direktor der Stiftung trigon-film, die sich seit 17 Jahren für das Kino des Südens und des Ostens engagiert.*

Trigon und die DEZA

Trigon-film ist eine nicht gewinnorientierte und von der DEZA unterstützte Stiftung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, «das Leinwandfenster ein paar Mal im Jahr in ungewohnte Richtungen zu öffnen», das heisst nach Afrika, Asien und Lateinamerika. Alle Fotos der Seiten 30 bis 32 stammen aus aktuellen afrikanischen Filmen, die bei trigon im Verleih sind.

Weitere Informationen:
www.trigon-film.org

Urban Griot Music

(er) Filigran perlen Töne einer Kora. Mit dem warmen Klang der Stegharfe vermählen sich mal soulig schwebende, mal funky satte Bläuersätze. Dazu groovt die Rhythmus-Sektion mit Afro-Beats und setzt Latin-sowie Reggae-Akzente. Und wie zu Zeiten als die westafrikanischen Griots ihre Fabeln zu Koraklängen vortrugen, erzählt eine leicht heisere Manding-Stimme alte Legenden und singt über Ungerechtigkeit und Rassismus in unserer Zeit. Das ist die «Urban Griot Music» des afro-helvetischen Bandprojekts King Kora, 1998 initiiert vom gambischen Kora-Meister bzw. Griot Lamin Jobarteh und von Roger Greipl, dem Schweizer Aeronauten-Saxophonisten. Mit ihrem «Multi-Kulti-Stand» steche die neunköpfige King Kora-Formation manchen Elektro-Griot aus, wird im deutschen Musikmagazin «Rolling Stone» zu Recht festgestellt. Dazu beigetragen haben auch einige Gäste beim Einspielen ihrer zweiten CD: Zu hören sind u.a. französische Rhymes des Berner Rappers Greis oder die helle Altstimme der in Genf lebenden guineischen Sängerin Maciré Sylla.

King Kora: «Bundung»
(Ayam/RecRec)

Emotionen pur

(er) Seit 25 Jahren ist es ein Garant für akustische Entdeckungsreisen der sinnvoll-sinnlichen Art: das deutsche Network-Label. Die Einspielungen, die der Labelchef und musikalische Globetrotter Christian Scholze jeweils zusammen mit einem erstklassig dokumentierten und illustrierten Booklet präsentiert, werden von Auszeichnungen überhäuft. Zu einer behutsam-betörenden Hör-Reise durchs Label-Programm lädt nun das 3er-CD-Set der Geburtstags-

edition ein. Angesagt ist fast vier Stunden lang Emotion und Gänsehaut! Zu hören sind u.a. aus Südafrika das unvergessliche «Namhanje» von Abdullah Ibrahim, eine aussergewöhnliche Aufnahme der senegalesischen Ballade «Sama Guent Guui» von Youssou N'Dour, die rauchige Tango-Stimme von Adriana Varela, begleitet vom legendären Sexteto Mayor, herzergreifende Balladen verschiedener Gypsy Queens, harmonisch mitreissender Balkan Blues, unveröffentlichte Sounds aus dem Iran, atemraubende (elektronisch



nicht nachmixbare) Soundfülle des möglicherweise ältesten Instruments der Erde Didgeridoo und und...

Various: «25 Years Network – Emociones» (Network/Musikvertrieb)

Asiatischer Streifzug

(er) Das Paléo Festival Nyon stellte 2004 auf der Bühne und auf einem Sampler musikalisches Schaffen aus Lateinamerika vor. Zum Glück gibt es eine Fortsetzung: Das «Village du Monde» am Paléo wandte sich 2005 Asien zu. Der musikalische Streifzug von Istanbul nach Bollywood, den 16 Gruppen unternahmen, wird auf einem Doppelalbum dokumentiert.



Allerdings sind es nicht Festival-Aufzeichnungen, sondern eine liebevoll getroffene und zusammengestellte Auswahl von bereits veröffentlichten Hörwerken. Nichtsdestoweniger sind es fantastisch-faszinierende Hörblicke in die Welt der Derwische, Sufis, Bön-Mönchen, Gurus oder der rajasthanischen Nomaden resp. Gypsies. In die Ohren schmeicheln sich der Pandschab-Swing des Sängers Malkith Singh wie der Raga des Sitar-Meisters Ravi Shankar, die dipthonschen Botschaften aus dem Himalaya wie die kehlig-rockige Stimmen aus Tuva, dem «Tal der Könige» zwischen Sibirien und Mongolei. Ins Ohr gehen auch die poetischen und oft mystischen Klang- und Gesangsreisen von Mercan Dede, Sevara Nazarkan. Various: «Paléo Festival Nyon Village du Monde 2005' Asie» (Paléo Festival Nyon/Disques Office)

Schweizer Sklavenhalter

(jls) Entgegen einer seit über zwei Jahrhunderten verbreiteten These war die Schweiz durchaus an Sklaverei und Negerhandel beteiligt. Als 1848 die Eidgenossenschaft entstand, stand zwar die Sklaverei vor der Abschaffung. Vor diesem Zeitpunkt hatten jedoch Private und Unternehmen aus der Schweiz beim einträglichen Sklavenhandel bereits ihre Hand im Spiel, wie eine von Historikern der Uni Lausanne kürzlich publizierte Arbeit erläutert. Insbesondere Neuenburger und Basler Handelshäuser belieferten im

18. und 19. Jahrhundert die Sklavenschiffe, die von der französisch beherrschten Atlantik-küste losfuhren, mit bedruckten Stoffen. Schweizer Händler und Bankiers waren in nahezu hundert Sklavenexpeditionen involviert; ihre Schiffe trugen Namen wie «La Ville de Basle», «Les 13 Cantons», «Le Pays de Vaud» oder «L'Helvétie». Schweizer haben offenbar zur Deportation von insgesamt etwa 175 000 Schwarzen nach Amerika beige-tragen. Ausgebeutet wurden Sklaven ausserdem auf Plantagen in der Karibik, in Surinam und Brasilien von deren Schweizer Besitzern.

Thomas David, Bouda Etemad und Janick Marina Schaufelbuehl: «Schwarze Geschäfte», Zürich, Limmat-Verlag, November 2005

Schwarzer Atlantik

(bf) Trotz Zwangskatholisierung gehören Götterkulte wie Candomblé, Voudou und Santeria überall zum gesellschaftlichen Leben der afro-amerikanischen Völker. Kein Fotograf des 20. Jahrhunderts hat diese kulturelle Verbindung zwischen Afrika, Europa und Amerika so umfangreich erforscht und dokumentiert wie der französische Ethnologe, Reporter und Fotograf Pierre Verger, der von 1946 bis zu seinem Tod 1996 in Brasilien lebte. Seine Bilder für diverse europäische und brasilianische Zeitungen aber auch seine wissenschaftlichen Arbeiten trugen wesentlich zum Selbstverständnis der multiethnischen Gesellschaften im transatlantischen Dreieck bei



und beeinflussten eine ganze Generation von Künstlern, Literaten und Wissenschaftlern. Pierre Verger hat 62 000 Fotografien hinterlassen, die einzigartige zeit- und medienge-schichtliche Dokumente sind.

Im Buch «Schwarze Götter im Exil» ist nun eine kleine aber umso feinere Auswahl dieser Dokumente veröffentlicht. «Pierre Verger – Schwarze Götter im Exil»; Hg von Manfred Metzner und Michael M. Thoss. Verlag das Wunderhorn, Heidelberg 2004.

Das Museum Jeu de Paume in Paris zeigt bis am 24. Dezember Fotos von Pierre Verger.

Qualität und Relevanz

(jls) Die öffentliche Entwicklungshilfe muss deutlich erhöht werden, damit die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht werden. Ihr Umfang allein ist jedoch keine Erfolgsgarantie, steht im Vorwort des vom Genfer Institut universitaire d'études du développement (iuéd) publizierten Schweizerischen Jahrbuchs für Entwicklungspolitik 2005. Die Wirksamkeit der Hilfe hängt auch von ihrer Qualität ab und von Faktoren wie der Relevanz nationaler Armutsbekämpfungsstrategien oder dem haushälterischen Umgang der Empfängerländer mit ihren Ressourcen. Das Jahrbuch lässt speziell im Hinblick auf die Schweiz die wichtigsten Ereignisse der Nord-Süd-Beziehungen im Jahr 2004 Revue passieren. Es beleuchtet insbesondere die Höhe der öffentlichen Entwicklungshilfe, die Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und Transitionsländern, die Friedenspolitik sowie Migrationsfragen. Die Kapitel zum Welthandel, zur Aussenwirtschaftspolitik und zu den internationalen Finanzbeziehungen liefern nützliche Angaben zum Verständnis der Schweizer Entwicklungspolitik.

«Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik 2005 – Fakten und Statistiken», Band 24, Nr. 1. Erhältlich im Buchhandel oder beim iuéd: publications@iuéd.unige.ch, Tel. 022 906 59 50, Fax 022 906 59 53

Himmel und Erde

(bf) Die einen ziehen sich in den Himalaya zurück auf der Suche nach Erleuchtung oder nach sich selbst. Andere wiederum, wie die tibetischen Flüchtlinge in Indien, werden aus dem Hochland vertrieben. Im Himalaya, wo der Himmel die Erde berührt, finden sich auch vielfältigste Kulturen und Religionen dicht nebeneinander. Im Buch «Himalaya – Menschen und Mythen» berichten Erzählungen aus den Ländern des Himalaya von dessen ungebrochener Anziehungskraft und vom Leben in den abgelegenen Bergregionen. Autorinnen und Autoren aus Nepal, Bhutan, Tibet, China und Indien berichten von Spiritualität und Alltag, politischen Umwälzungen und religiösen Mythen. Die lesenswerte Anthologie entzaubert verklärte Vorstellungen zivilisationsmüder Europäer und zeigt den Kulturraum Himalaya von innen, ausschliesslich aus der Perspektive seiner Bewohner oder auch Besatzer. Ein vorzügliches Stück Bergliteratur.

«Himalaya – Menschen und Mythen»; Hg von Alice Grünfelder, Unionsverlag Zürich 2004

Entwicklungsroman

(bf) Der Inder Kiran Nagarkar entwirft in «Ravan & Eddie» vor dem Hintergrund der postkolonialen Grossstadt Bombay einen doppelzügigen Entwicklungsroman. Armut, Glaube und Gewalt durchziehen die packende Geschichte, die mit Bollywood aber auch gar nichts gemein hat. Eddie und Ravan wachsen in einem schäbigen Bombayer



Mietshaus auf. Die Geschichte fängt damit an, dass Eddies Vater freiwillig aus dem Leben scheidet, weil er sich in Ravans Mutter verliebt hat und sein Leben opfert, als Ravan verunfallt. Nicht die besten Voraussetzungen also für eine gegenseitige Achtung zwischen den fast gleichaltrigen Jugendlichen Ravan und Eddie. Kommt hinzu, dass Eddie zur katholischen Minderheit gehört, während Ravan Hindu ist. Ihre Welten überschneiden sich kaum, obwohl sie in der gleichen Umgebung aufwachsen. Vielmehr verlaufen ihre Leben parallel. Beide sind auf der Suche nach sich selbst und wie viele Pubertierende erfahren sie dabei Schuld und Sühne, Macht und Unterdrückung, Verrat und bedingungslose Treue.

«Ravan & Eddie» von Kiran Nagarkar; A1-Verlag München

Filme der anderen Welten

Filme

(jls) Das 16. Black-Movie-Festival mit «Filmen der anderen Welten» findet vom 10. bis 19. Februar 2006 in Genf statt. Die Veranstaltung ist dem zeitgenössischen Filmschaffen aus Afrika, Lateinamerika und Asien gewidmet. Das Programm orientiert sich an aktuellen Themen. Die Rubrik «Trois continents» beinhaltet Produktionen zum Thema Körper. Wie jedes Jahr stellt «Ecrans noirs» eine Auswahl der besten afrikanischen Filme vor. Gemäss dem noch nicht definitiv festgelegten Programm bietet

Black Movie ausserdem die folgenden Rubriken an: Brasilien aus der Sicht seiner Dokumentarfilmer; eine neue Welle rastloser Filmer aus Singapur; eine Hommage an den japanischen Regisseur Seijun Suzuki; Doku-Fiktionen japanischer Filmer; Filme von chinesischen Regisseuren der Beijing Film Academy. Überdies sind Spezialvorführungen, Schulvorführungen und andere Aktivitäten für Kinder vorgesehen. 2005 lockte das Festival 14000 Zuschauer an – 15 Prozent mehr als im Vorjahr. *Black Movie*, 10. bis 19. Februar, Maison des arts du Grütli, Genf; www.blackmovie.ch

Wasser in der Wüste

(dg) Das indische Dorf Cherapunjee ist gemäss Klimastatistik der regenreichste Ort der Erde. Trotzdem hat es mit Dürreproblemen zu kämpfen. Wegen der Abholzung kann der Boden das Regenwasser nicht mehr zurückhalten. Der Film «Wasser in der Wüste» schildert, wie Armut und fehlende Infrastruktur eine Verbesserung der Situation verhindern und zeigt auf, wie in der Atacama Wüste in Chile, einem der trockensten Gebiete der Welt, Wasser auf innovative, aber auch kostspielige Weise aus dem Nebel gewonnen wird. Der Film macht mit den beiden Beispielen deutlich, dass Wassermangel nicht nur eine Frage des Klimas ist, sondern mit der schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Situation der Menschen zusammenhängt.



«Wasser in der Wüste» von Joost de Haas, NL 2000. Dokumentarfilm, Video VHS, Deutsch Untertitelt, 30 Min. (Kurzfassung), ab 14 J.; Arbeitshilfe und Arbeitsblatt: www.filmmeineWelt.ch; Verleih und Verkauf: Bildung und Entwicklung, Tel. 031 389 20 21, verkauf@bern.globaleducation.ch; Kaufpreis: Fr. 40.- für Schulen/Lehrpersonen, Fr. 60.- für Medienstellen; Weitere Informationen: Filme für eine Welt, Tel. 031 398 20 88, mail@filmmeineWelt.ch

Nachdiplome

Das Nadel (Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer) der ETH Zürich bietet bis im Juli 2006 folgende Kurse an: 3.4.–7.4. Einführung und Planung von Projekten und Programmen 10.4.–13.4. Privatsektorförderung 24.4.–28.4. OE1: Organisationsentwicklung in der Entwicklungszusammenarbeit 2.5.–5.5. Urbanisierung: Die Beziehung zwischen sozio-ökonomischer Entwicklung und Umweltgütern 8.5.–12.5. Monitoring in der Projekt- und Programmsteuerung in der Entwicklungszusammenarbeit 15.5.–19.5. Friedensförderung in der internationalen Zusammenarbeit

22.5.–24.5. Industrielle Entwicklung und Umwelt 30.5.–2.6. Mikro- und Makroperspektiven in der Armutsbekämpfung 6.6.–9.6. Einführung ins Finanzmanagement von Entwicklungsprojekten 12.6.–16.6. Training für Moderatorinnen und Moderatoren 26.6.–30.6. Resultate und Prozesse von Projekten und Programmen evaluieren 3.7.–7.7. Interkulturelle Zusammenarbeit: Weltsicht und Menschenbilder Anmeldeschluss: 1 Monat vor Beginn des betreffenden Kurses. Auskunft und Anmeldeunterlagen: Nadel-Sekretariat, ETH Zentrum VOB B 12, 8092 Zürich, Tel. 01 632 42 40; www.nadel.ethz.ch; E-Mail: kramer@nadel.ethz.ch

Indigene Völker Amerikas

(bf) Die Menschenrechtsorganisation Incomindios Schweiz, die älteste europäische Unterstützungsorganisation für die indigenen Völker Amerikas, macht das über mehr als 30 Jahre hinweg gesammelte Fachwissen öffentlich zugänglich. In Form eines Facharchivs wurde nun das Wissen gebündelt und aufbereitet. Ab dem 10. Dezember, dem internationalen Menschenrechtstag, ist das Archiv für das Publikum offen. Die Sammlung zählt nicht nur Papierdokumente, sondern auch Objekte, Tondokumente, Videos, Poster und Fotos. Das Wissen wurde lange Zeit nicht zentral abgelegt und nun in aufwändiger Recherche-

arbeit zusammen getragen – alle Dokumente, Objekte und Daten wurden zu einer kompakten, greifbaren Einheit verarbeitet. Mit dem Facharchiv will Incomindios das jahrzehntelange angeeignete Know-how nachhaltig sichern. Das Archiv steht Medien, Mitgliedern, Studierenden und Partner-NGOs zur Nutzung offen. *Incomindios Schweiz, Postfach, 8032 Zürich; Tel. 044 383 03 35; www.incomindios.ch; E-Mail: mail@incomindios.ch*

EDA-Spezialisten kommen zu Ihnen

Möchten Sie sich aus erster Hand über die schweizerische Aussenpolitik informieren? Referentinnen und Referenten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stehen Schulklassen, Verbänden und Institutionen für Vorträge und Diskussionen zu zahlreichen aussenpolitischen Themen zur Verfügung. Der Vortragsdienst ist kostenlos, kann seine Dienstleistungen jedoch nur innerhalb der Schweiz anbieten, und es sollten mindestens 30 Personen an der Veranstaltung teilnehmen. *Weitere Informationen: Vortragsservice EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern; Tel. 031 322 31 53 oder 031 322 35 80; Fax 031 324 90 47/48; E-Mail: info@eda.admin.ch*

Verschiedenes

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Harry Sivec (verantwortlich)
Catherine Vuffray (vuc - Gesamtkoordination)
Barbara Affolter (abb) Joachim Ahrens (ahj)

Thomas Jenatsch (itm) Jean-Philippe Jutzi (juj)
Antonella Simonetti (sia) Andreas Staufer (stf)
Beat Felber (bf)

Redaktion

Beat Felber (bf - Produktion)
Gabriela Neuhaus (gn) Maria Roselli (mr)
Jane-Lise Schneeberger (jls)
Ernst Rieben (er)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie Mermod SA, Lausanne

Druck Vogt-Schild / Habegger AG, Solothurn

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Abonnemente

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: DEZA, Medien und Kommunikation, 3003 Bern
Tel. 031 322 44 12 Fax 031 324 13 48
E-Mail: info@deza.admin.ch
Internet: www.deza.admin.ch

109846

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage 55500

Umschlag Mark Edwards / Still Pictures

ISSN 1661-1667

In der nächsten Nummer:

Aids, Malaria und Tuberkulose sind die drei grossen Pandemien unserer Zeit und gleichzeitig für einen Grossteil des Gesundheitsdefizits der Armen verantwortlich. Über neue Ansätze der Entwicklungszusammenarbeit in Sachen Gesundheit, potente Privatinitiativen und grundsätzliches Umdenken



Mark Edwards / Still Pictures